

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



Sprache – Bildung – Arbeit – Wertevermittlung

Unterbringung und Integration von Flüchtlingen: Herausforderungen für Politik und Gesellschaft

Die Fragen rund um Flucht, Asyl, Zuwanderung und Integration sind vielfältig. Sie überlagern spätestens seit dem Sommer 2015 die innen- und außenpolitische Diskussion in Deutschland und Europa. Über politische Vorhaben im Großen und praktische Lösungen im Kleinen wird innerhalb der Großen Koalition ebenso leidenschaftlich gestritten wie zwischen den Fraktionen im Parlament und auf der europäischen Ebene. Da passt es zum diesjährigen Themenschwerpunkt der Akademie („Fliehkräfte“), dass sich gleich mehrere Veranstaltungen dem Problem aus sehr unterschiedlichen Perspektiven annäherten. Gäste waren unter anderen Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler und Staatskanzleichef Marcel Huber.



Flüchtlinge im Oktober 2015 im österreichischen Auffanglager Spielfeld an der Grenze zu Slowenien
Foto: Michael Gubi / flickr creative commons

ab Seite 3



Zeichnung: Tomaschoff / toonpool.com

Medien in der Glaubwürdigkeitsdebatte

Nicht erst seit den Ereignissen in Köln in der Silvesternacht befinden sich Medien und Journalisten in einer Glaubwürdigkeitsdebatte.

Beim 15. **Tutzing Medien-Dialog** zum Thema „Grenzüberschreitungen – Medienethik im digitalen Zeitalter“ gaben Experten aus Wissenschaft und Journalismus Antworten auf die Fragen, was bei der Berichterstattung zulässig ist. Was darf gedruckt oder gesendet werden, was besser nicht? Wann müssen ethische Grenzen aufgezeigt werden und wo liegen sie?

Und bei einem **Seminar in Berlin** ging es um das grundsätzliche Verhältnis von Politikern und Journalisten. Sitzen sie in einem Boot? Und wohin geht die Reise?

ab Seite 18

	Seite
„Verfälschte Rhetorik in der Flüchtlingsdebatte“	3
Aktuelle Themen im neuen Kurzformat	4
Flüchtlinge – die Praxis in den Gemeinden	5
Grenzenlose (Un-)Sicherheit	6
Entgrenzter Extremismus – Bedrohung der Freiheit	7
Rechtsextremismus in der Region	11
Armut und Reichtum in der Demokratie	13
Verdienstvoller Geburtshelfer des Akademiegengesetzes	14
(Keine) Zeit für Demokratie?	15
„Die EU hängt am seidenen Faden“	18
Kampf um die Geschwindigkeit	19
Gegen den „Los Wochos-Journalismus“	21
Grenzüberschreitungen – Medienethik im digitalen Zeitalter	22
Innenansichten einer geprüften Nation	25
Grundlagen der Humanität und ihre Bedrohung	26
Nord versus Süd – West versus Ost?	29
Erfolgsgeschichte Arbeitnehmermobilität?	32
Kontroverse Pränataldiagnostik	34
„Faule Säcke“ oder Leistungsträger der Nation?	36
Globales Regieren 2.0	39
„Humoriger Poltergeist“ und „urbajuwarischer Senator“	41
Jahresbibliografie 2015	42
Neuerscheinungen – Publikationen	46
Förderkreis: Einladung zur Mitgliedschaft	47
Namen und Nachrichten	48

Was hält moderne Gesellschaften zusammen, und was treibt sie auseinander? Warum nehmen die Fliehkräfte in Politik und Gesellschaft zu, und wie kann man dieser Entwicklung begegnen? Die Aktualität wie Brisanz dieser Fragen sind offenkundig: In vielen Staaten sind neonationale Ambitionen zu beobachten, und selbst in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union scheint die politische Mitte zu erodieren. Gleichzeitig melden sich die Vertreter extremer Positionen lauter zu Wort. Tatsächliche oder vermeintliche Ursachen für die mit wachsender Intoleranz einhergehende Verunsicherung der politischen Mitte und deren Modernisierungsmüdigkeit sind schnell diagnostiziert: Migration, Terrorismus, Globalisierung, Digitalisierung. Während die internationalen Herausforderungen immer größer werden, scheinen die bewährten nationalen Diskussions- und Bewältigungsmechanismen nicht mehr zu funktionieren. Das Abwandern der gesellschaftlichen Debatte ins Internet mit dessen selbstreflexiven, vor allem zur Selbstbestätigung verleitenden Mechanismen und die damit verbundene Atomisierung des Diskurses zeigen unmittelbare Konsequenzen: Sie ziehen häufig eine verzerrte Wahrnehmung der politischen und gesellschaftlichen Veränderungen einerseits und der politischen Reaktionen auf Probleme andererseits nach sich.

Hinzu kommen die allgegenwärtige Beschleunigung unseres Lebens kombiniert mit dem individuellen Unvermögen, Phasen des digitalen und analogen Nichtstuns zu ertragen, aber auch die nachlassende Bereitschaft zur differenzierten Argumentation bei gleichzeitiger Sehnsucht nach einer absoluten Sicht auf die Welt.

Aber: Es greifen keineswegs nur Angst, Ohnmachtsgefühle und Wut um sich. Wir erleben und beobachten auch etwas ganz anderes: Welche Ideen und welche Kräfte vor Ort vorhanden sind, und wie viel von Bürgern, Kommunalpolitikern und Verwaltungen angepackt und zum Positiven verändert wird. Diese Erfahrungen beweisen: Individuellen und kollektiven Ängsten kann man „Selbstwirksamkeit“ zum Beispiel in Form bürgerschaftlichen Engagements sowie eine differenzierte Auseinandersetzung mit den komplizierten Zusammenhängen entgegensetzen. Politische Bildung befähigt zu beidem – gerade in einem Akademiejahr, dessen thematischer Schwerpunkt die „Fliehkräfte“ sind.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre



Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung



Akademie-Report

HERAUSGEBER:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158 / 256-0 Fax 08158 / 256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: A.Kreitner@apb-tutzing.de

REDAKTION:

Prof. Dr. Ursula Münch (verantwort.)
Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung)
Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)
Satz & Druck Peter Molnar
Greinwaldstr. 11 82327 Tutzing

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben
ISSN 1864-5488

„Verfehlte Rhetorik in der Flüchtlingsdebatte“

Bischöfin Breit-Keßler und Staatskanzleichef Huber
zur Verantwortung von Kirche und Politik

Die Fragen rund um die Zuwanderung nach Deutschland sind vielfältig. Über politische Lösungen im Großen und praktische Lösungen im Kleinen diskutierten in der IHK-Akademie die Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler und Staatskanzleichef Marcel Huber.*

Vor knapp 120 interessierten Gästen skizzierte Susanne Breit-Keßler bei der von Akademiedirektorin Ursula Münch moderierten Diskussion zunächst die Aufgaben der evangelischen Kirche: Dazu gehöre es, die Stimme für die Schwachen zu erheben und die Menschen in den Mittelpunkt



Susanne Breit-Keßler: „Politik muss Fluchtursachen bekämpfen.“

zu stellen – nicht Zahlen, Daten, Welten und Ströme. Die demokratischen Grundwerte müssten gewahrt bleiben, also auch die Gleichstellung von Frau und Mann, die freie Religionsausübung aller Glaubensgemeinschaften oder das Existenzrecht Israels.

Der soziale Frieden könne nur bewahrt werden, wenn der Staat schnell Voraussetzungen für die Versorgung und Integration der Migran-

ten schafft, die wir alle dann mit Leben füllen müssen, so Breit-Keßler. Die Kirche weise Politiker auf ihre Pflicht hin, sich für das Wohl der Menschen weltweit einzusetzen, also auch Fluchtursachen auszumachen und zu bekämpfen.

Diese Auffassungen werden vom Leiter der Bayerischen Staatskanzlei Marcel Huber geteilt. Er wies zudem darauf hin, dass eine Konkurrenz zwischen Einheimischen und Zugereisten auf alle Fälle vermieden werden muss und sich die Staatsregierung um verstärkte Investitionen in Wohnungsbau und Ausbildung bemüht.

Einstehen für demokratische Werte

Doch bei aller Einigkeit zwischen evangelischer Kirche und Staatsregierung wurden auch unterschiedliche Auffassungen über die Schwerpunktsetzung in der aktuellen Migrationsdebatte deutlich. Von Seiten der Politik wird den Kirchen der (versteckte) Vorwurf gemacht, man sei für mehr zuständig als nur für die Moral. Diesen Wunsch nach mehr Engagement beantwortete Susanne Breit-Keßler mit einer Aufzählung dessen, was die Kirche bereits fördert: vom ehrenamtlichen Deutschunterricht bis hin zur Bereitstellung von 1000 Wohnungen allein in Oberbayern. Die Regionalbischöfin beklagte im Gegenzug eine verfehlte Rhetorik in weiten Kreisen

der Politik: „Worte können töten. Statt einen semantischen Kleinkrieg zu führen, sollten wir gemeinsam denen das Wasser abgraben, die nicht für unsere demokratischen Werte einstehen“, sagte Breit-Keßler.



Marcel Huber: „Migration muss in geordnete Bahnen gelenkt werden.“

Fotos: Haas

Marcel Huber bat um Verständnis für alle Verantwortlichen, „die tagtäglich im Feuer stehen“ und die mit den Sorgen der Bürger wie der Neuankömmlinge direkt konfrontiert werden. Diese Ängste müssten thematisiert, dürften aber niemals geschürt werden. In diesem Zusammenhang bezeichneten beide Diskutanten die Debatte um den wirtschaftlichen „Nutzen“ der Migranten zwar nicht als verfehlt, aber als verfrüht: „Die Barmherzigkeit steht im Mittelpunkt aller Bemühungen“, erklärte die Regionalbischöfin, „aber wenn sich aus der Migration ein wirtschaftlicher Nutzen ergeben kann, wäre es verrückt, diesen nicht zu ergreifen.“

Bevor die wirtschaftliche Integration der neu Ankommenden richtig in Angriff genommen werden kann,

*Die Veranstaltung im November 2015 fand in Kooperation mit verschiedenen Partnern statt: der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, der Europa-Union München, der Europäischen Akademie Bayern, der Griechischen Akademie, den Jungen Europäischen Föderalisten Bayern und der Deutsch-Hellenischen Wirtschaftsvereinigung

müsse es darum gehen, die Migration dauerhaft in geordnete Bahnen zu lenken. „Die Lösung kann nicht sein, die Menschen einfach nach Deutschland durchzulassen, bis eine gesamteuropäische Lösung gefunden ist“, sagte Marcel Huber zur aktuellen Situation. Auch Breit-Keßler befürchtet, dass das Verständnis der hiesigen Bevölkerung und die Belastbarkeit des Sozialstaates bei einer unkontrollierten Migration in nicht allzu ferner Zukunft an ihre Grenzen stoßen. Sie nimmt – gerade im Namen der europäischen evangelischen Christen – alle Regierungen in die Pflicht und schlägt vor: „Wenn andere europäische Länder nicht bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen, muss man eben aufhören, ihnen Geld zu überweisen.“ Auch Marcel Huber fragte offen, „ob die Staaten, die eine konstruktive Flüchtlingspolitik und europäische Lösungen ablehnen, reif genug sind für die EU“.

Darüber hinaus gelte es aber, ergänzte Breit-Keßler, in der Diskussion um die Fluchtursachen auch die eigenen

Lebensweisen zu hinterfragen. Wer Kleidungsstücke für fünf Euro kauft, Waffen in Krisengebiete liefert oder mit dem Export von Altkleidung oder scheinbar nicht genießbarer Hühner-

beine die Wirtschaftskreisläufe vor allem afrikanischer Länder (zer)störe, trage eben auch seinen kleinen Teil zur globalen Migration bei. ■

Sebastian Haas



Zeichnung: Tomicek

Aktuelle Themen im neuen Kurzformat

Flucht, Asyl und Integration in Nachmittagsangeboten

Kein anderes Thema beschäftigt Politik und Gesellschaft derzeit mehr als die vielen Flüchtlinge, die zu uns kommen. Lehrkräfte sind in vielfältiger Weise damit konfrontiert. Flüchtlinge werden in Schul-Turnhallen einquartiert und ihre Kinder kommen neu in die Schulklassen. Die alteingesessenen Schülerinnen und Schüler sind verunsichert, haben Fragen und wollen helfen. In sozialen Netzwerken kursieren Hetze und Hass, während gleichzeitig unzählige Bürger Flüchtlinge ehrenamtlich unterstützen. Die Gesellschaft scheint sich in „Gutmenschen“ und „Ausländerfeinde“ zu spalten.

Diese Probleme und Entwicklungen müssen auch in den Schulen aufgefangen und thematisiert werden. Um dieser komplexen Situation gerecht werden zu können, brauchen Lehrkräfte Unterstützung. Deshalb veranstaltet die Akademie die Fortbildungsreihe „Aktuelle Themen im Unterricht: Flucht, Asyl, Integration“. Neu ist das Format: Die Themen werden in einzelnen Veranstaltungen an jeweils einem Nachmittag, von 15.00 bis 18.30 Uhr, behandelt.

Aufgrund des großen Interesses wird die Reihe mit einer vierten Veranstaltung am 15. Februar fortgesetzt, um die angespannte gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung über den Umgang mit den Flüchtlingen aufzugreifen. Und nachdem das Angebot natürlich nur für Lehrkräfte interessant ist, die in der näheren Umgebung leben, ist außerdem eine Außenveranstaltung in Nürnberg geplant. ■

Barbara Weishaupt

Flüchtlinge – die Praxis in den Gemeinden

Derzeit leisten insbesondere die Kommunen ein enormes Pensum, um die Voraussetzungen für einen humanen und effizienten Umgang mit Flüchtlingen zu schaffen. Praktiker der Arbeit mit Flüchtlingen traten in den Erfahrungsaustausch.

Die Tagung war ein Kooperationsprojekt mit der Arbeitsgemeinschaft Kooperation in der interkulturellen Arbeit (AKIA) München. Dies ist ein Zusammenschluss von Einrichtungen der Landeshauptstadt München und Wohlfahrtsverbänden. Die Teilnehmer diskutierten Grundlagen des Themas Flüchtlinge und die spezielle Situation auf der kommunalen Ebene. In Workshops vertieften sie Fragen der gesundheitlichen Versorgung sowie die Themen Akzeptanz, Bildung, Spracherwerb und Integrationsberatung.

Identität und Sicherheit

Hannes Schamman von der Universität Hildesheim ging auf die Frage der Akzeptanz in der Bevölkerung ein. Die Diskussion darüber betreffe vor allem die Bereiche Identität, Sicherheit und Wirtschaft, sagte Schamman. Ein Werben für Zuwanderung reiche nicht, es müssten auch Zweifel ernst genommen und wertgeschätzt werden.

„Jeder Mensch kann Flüchtling werden“, sagte der Geschäftsführer der Caritas München Norbert J. Huber, der zugleich Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege München ist. Bei der Diskussion von Maßnahmen müsse man sich die Frage stellen: „Wie möchte ich als Flüchtling behandelt werden?“ „Für mich als Innenpolitiker ist die Integration äußerst wichtig“, so Florian Herrmann (CSU), der Vorsitzende des Innenausschusses des Bayerischen

Landtags. Parallelgesellschaften seien unbedingt zu vermeiden. Bei Straftaten gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte müsse der Staat repressiv vorgehen.



Florian Herrmann: „Parallelgesellschaften vermeiden.“

Rudolf Stummvoll, der Leiter des Amts für Wohnen und Migration der Landeshauptstadt München, schilderte die Koordinierungen zur Unterbringung der Flüchtlinge. Er betonte, dass die Unterbringung nur eine Sache sei. Danach warte noch die schwierige Aufgabe der Integration. Quasi als kommunale Vergleichsgrundlage stellte Ayşe Özbabacan die Flüchtlings- und Integrationsarbeit in Stuttgart dar. Sie hob hervor, dass es sich um eine Querschnittsaufgabe handelt und zeigte Möglichkeiten für eine verstärkte Sensibilisierungsarbeit in einzelnen Stadtteilen auf. Dazu gehört etwa, Ansprechpartner zu benennen und Netzwerke der Kooperation zu bilden.

Unterbringung und Integration

Das Integrationsthema Heranführung an den Arbeitsmarkt erörterten Ingeborg Liebhaber von der Agentur für Arbeit München und Michael de

Graat vom Jobcenter München. Ein wichtiger Schritt sei, die Sprachkenntnisse zu prüfen, die beruflichen Wünsche zu erfahren und abzuklären, was die Betroffenen beruflich bereits gemacht haben. Bei der Durchführung von Programmen wie „Integration durch Arbeit“ (IdA) zeige sich auch, wie wichtig ein regelmäßiger Tagesablauf sei, zum Beispiel zur Bewältigung von Traumata.

München gut vorbereitet

Stadträtin Gülseren Demirel (Bündnis 90/Die Grünen) sagte, dass München aufgrund der Erfahrungen in den 1990er-Jahren mit den Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemali-



Gülseren Demirel: „Thema Integration in München früh ernst genommen.“

gen Jugoslawien gut auf die derzeitige Situation vorbereitet gewesen sei. Man habe nämlich den Begriff der Integration damals sehr ernst genommen und entsprechend spezialisierte Institutionen und Fachabteilungen geschaffen. Stadtrat Christian Müller (SPD) bekräftigte die Notwendigkeit, dass gerade jugendliche Flüchtlinge möglichst schnell in ein normales Leben kommen müssten. ■

Gero Kellermann

Grenzenlose (Un-)Sicherheit

Bei allen Vorteilen von weltweiter Mobilität und Kommunikation: Die entgrenzte Welt bringt neue Probleme für die innere Sicherheit mit sich. Auf einer Tagung mit der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) diskutierten Experten mit einschlägig befassenen Polizeibeamtinnen und -beamten.

Vor dem Hintergrund der Terroranschläge in Paris vom November 2015 erörterte die Politikwissenschaftlerin Christine Straßmaier die Entstehungsgeschichte und die aktuellen Gefahren des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS). Sie ging auf die Ursprünge dieser Bewegung nach dem Irakkrieg ein, die Neustrukturierung von al-Qaida nach dem Abzug der US-Truppen im Jahr 2011 und die Abspaltung des IS von al-Qaida im Jahr 2013. Da der IS über Waffen, Geld und Image verfügt, schlossen sich ihm auch andere Gruppierungen an und erhöhten die Schlagkraft, so Straßmaier.



Christine Straßmaier erläuterte Zusammenhänge zwischen al-Qaida und „Islamischem Staat“. Foto: Haas

Aufgrund der Herkunft von islamistischen Fundamentalisten aus Großwohnsiedlungen, gerieten die „banlieues“ als Ausdruck gesellschaftlicher Fragmentierung in den Blickpunkt. Der Kulturgeograf Georg Glasze von der Universität Erlangen-Nürnberg zeichnete die Problematik dieser Vororte nach. Um Segregationen und Stigmatisierungen der Menschen in den „banlieues“ aufzubrechen, plä-

dierte er insbesondere für die Schaffung von besseren Perspektiven sowie Formen der Anerkennung.

„Das Internet ist die bedeutendste Plattform zur Radikalisierung und Rekrutierung junger Muslime weltweit“, analysierte Andy Neumann vom Bayerischen Landeskriminalamt einen weiteren Aspekt des Themas. Gerade im Kontext von Kampfhandlungen zur Eroberung neuer Gebiete würde via Facebook, Twitter, Youtube und anderen sozialen Medien verstärkt Propaganda gemacht. Diese Propaganda durch Unterstützer sei rein medial (etwa durch Blogs) und setze keinen direkten Kontakt voraus. Neumann betonte, dass die Radikalisierung und Fanatisierung durch das Internet nicht nur ein Phänomen des islamistischen Terrorismus ist, sondern auch andere politische Extreme betrifft.

Der Organisierten Kriminalität im grenzenlosen Cyberraum widmete sich Stefan Wagner, der ebenfalls für das Bayerische Landeskriminalamt tätig ist. Er unterschied dabei die Angriffe auf Bürger, die grundsätzlich nicht zielgerichtet sind, sondern durch automatische Systeme erfolgen. Die Angriffe auf Unternehmen und Banken dagegen erfolgen sehr zielgerichtet, nach vorheriger Aufkundschaftung und mit Methoden des Social Engineerings und des Identitätsdiebstahls. Die Cyberattacken auf öffentliche Institutionen und Infrastrukturen, etwa zur Spionage, setzen in der Regel auf die Ausnutzung von Sicherheitslücken, sagte Wagner.

Der Vizepräsident der Bundespolizeidirektion München, Martin Kuhlmann befasste sich mit Sicherheits-

fragen an den Grenzen, die durch die Flüchtlingssituation entstanden sind. Kuhlmann erörterte die Migrationsproblematik im europäischen Kontext und stellte Formen der Schleusungskriminalität dar, etwa über seeuntaugliche „Geisterschiffe“. Er zeigte zudem die behörden- und auch grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei- und Justizbehörden auf, die zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität und zur Aufrechterhaltung der Sicherheit an den Landesgrenzen praktiziert wird.

Neue Schlagbäume?

Die Flüchtlingsfrage war auch Dreh- und Angelpunkt der Podiumsdiskussion „Neue Schlagbäume statt Schengen?“. Die innenpolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion Katharina Schulze sagte, die derzeitige Situation zeige, dass es in einer komplexen Welt keine einfachen Antworten gibt. Sie plädierte für einen gesellschaftlichen Diskurs über die Ausbalancierung von Freiheit und Sicherheit. Die Polizei müsse angesichts der gewachsenen Aufgaben entlastet werden.

Der polizeipolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion Manfred Ländner erinnerte daran, dass das Schengen-Abkommen als Sinnbild für Europa steht. Man habe im Schengen-Raum auch gut gelebt. Angesichts der derzeitigen Situation an den Grenzen müsse man aber auch die Frage stellen, ob Europa nicht vor dem Scheitern stehe. „Man ist davon ausgegangen, dass durch Schengen die Außengrenzen gesichert seien“, sagte der Vorsitzende des bayerischen Landesverbands der DPolG, Hermann Benker. Aber das funktioniere nicht so wie geplant. Die Überwachung der Binnengrenzen durch Schleierfahndung könne die durch Schengen weggefallenen Grenzkontrollen nicht ausgleichen. Erschwerend komme hinzu, dass die Digitalkommunikation für die Polizei unzureichend ist. ■

Gero Kellermann

Entgrenzter Extremismus – Bedrohung der Freiheit

Populisten und Extremisten gewinnen in Deutschland und Europa an Bedeutung

Die aktuelle Flüchtlings- und Asylproblematik, der Jahrestag der Pegida-Demonstrationen in Dresden sowie das Attentat auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker bildeten den aktuellen Hintergrund der Tagung „Entgrenzter Extremismus – bedrohte Freiheit“*.

Das Thema „Anti-Asyl“ ist ein zentraler Agitations- und Aktionsschwerpunkt der gesamten rechtsextremistischen Szene. Ziel ist es dabei, in Teilen der Bevölkerung vorhandene Ressentiments und Ängste aufzugreifen und zu verstärken, um letztlich Anknüpfungspunkte an das bürgerlich-demokratische Spektrum herzustellen.

Mehr Gewalt

Die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte – überwiegend Sachbeschädigungen und Propagandadelikte – ist drastisch gestiegen. Zur Jahresmitte 2015 war der Stand des Gesamtjahres 2014 mit rund 200 Straftaten bereits überschritten. Dabei erreichen die Gewalttaten eine neue Qualität. So kam es bis September 2015 in 13 Fällen zu Brandanschlägen auf bewohnte Unterkünfte.



Andreas Zick beobachtet Radikalisierung und Polarisierung.

Fotos: Zerbel / Schröder

Der Sozialpsychologe Andreas Zick ist Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld. Er beobachtet eine Radikalisierung und Polarisierung: „Es wird rabiater. Diese Art von Angriffen kannten wir bisher nicht.“ Sie kämen zunehmend aus der Mitte der Gesellschaft. Pegida sei nur die Spitze des Eisbergs. Zicks Daten zeigen: 31 Prozent der Bevölkerung wollen keine Willkommenskultur und 25 Prozent haben keine positive Haltung zur Vielfalt.

Fragile Normen

Zick fasst den Begriff Extremismus weiter. Sein Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, die schnell zur Minderwertigkeit führe. Sie besteht aus folgenden Komponenten: Homophobie, Rassismus, Sexismus, Islamophobie, Antisemitismus sowie Abwertung von Obdachlosen, Roma und Sinti, Asylbewerbern, Arbeitslosen und Behinderten. Die verbreitete Akzeptanz gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zeugt laut Zick von fragilen Normen und Werten selbst in der Mitte der Gesellschaft. „Stigmatisierungen, Hate Speech, Populismus, all das ist weit verbreitet und akzeptiert“, warnte der Konfliktforscher. Demokratiekritik hänge mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zusammen: „Antidemokratische Einstellungen können vermittelt werden“, so Zick, „wenn Extremismus inszeniert werden kann.“

Nach wie vor gibt es große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Junge und Ältere seien besonders anfällig und gefährdet. Nichtwähler und Sympathisanten von AfD und Pegida seien in ihren Einstellungen nah beieinander.

Gefahr der Gewöhnung

Zick erkennt, dass sich der Rechtspopulismus mit zunehmend akzeptierter Gewaltbereitschaft verknüpft. Er sieht die Gefahr der Normalisierung: „Man gewöhnt sich an diese menschenfeindlichen Einstellungen.“ Ökonomistische Werthaltungen („Der Markt reguliert alles“) würden die Feindseligkeit gegenüber unterprivilegierten Gruppen noch verstärken.



Uwe Backes: „Die Gewalt links gegen rechts nimmt zu.“

Uwe Backes, stellvertretender Leiter des Hannah-Arendt-Instituts an der TU Dresden, zielte beim Thema Linksextremismus vor allem ab auf die nach seinen Worten utopistische Fundamentalkritik am demokratischen Verfassungsstaat. Das Gegenmodell sei eine radikale Demokratie, meist gekoppelt mit Antipluralismus, -konstitutionalismus und -liberalismus. Er sagte in seinem Vortrag nichts

*Partner waren der Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung und die Europäische Akademie Bayern

über linksextreme Einstellungen: „Ich konzentriere mich auf Beobachtbares.“ Da sieht er rund 6000 militante Autonome, die das Gros der gewaltbereiten Linksextremisten stellen. Die Szene sei heterogen, aber Gewaltbereitschaft sei Grundkonsens. Backes sieht in Teilen der linken autonomen Szene Kontakte zu der Partei DIE LINKE. Die Konfrontationsgewalt links gegen rechts nehme zu. Die Linksextremen seien keine zu vernachlässigende Größe. Die gewaltbereiten Autonomen würden von Polizei und Öffentlichkeit unterschätzt. Deswegen die Schlussfolgerung des Dresdner Extremismusforschers: „Wir beobachten den Linksextremismus zu wenig, da müssen wir mehr tun.“



Zeichnung: Tomaschoff/toonpool.com

Islamisierung des Islams

Der Religionspädagoge Tarek Badawia von der Universität Erlangen-Nürnberg sieht eine der Ursachen für islamistische Radikalisierung in der „Identitätsfalle“: „Als Zuwanderer kannst Du machen, was Du willst: Du gehörst nicht hierher.“ Die Folge sei eine Islamisierung des Islams und eine Reduzierung seiner eigentlichen Viel-



Tarek Badawia forderte Aufklärung über die Fallstricke der „religiösen Radikalisierungsmechanismen“.

falt durch Salafisten. Sie treten als Retter mit Heilsversprechen auf, die sich gegen die Entfremdung von der eigenen Religion wenden und so manchen jungen Moslems wieder eine religiöse Heimat geben. Fundamentalismus wirke gegen Entfremdung.

Badawia unterschied die elementaren und ergänzenden Teile des Korans. Es gebe durchaus sich widersprechende Suren und deren Auslegung. Der Koran sage ja zum Frieden, aber auch ja zum Verteidigungskampf. Der „Schwert-Vers“ („Wenn jedoch die vier heiligen Monate verstrichen sind, sollt ihr die Götzendiener, die das Bündnis gebrochen haben, wo immer ihr sie findet, bekämpfen, sie ergreifen, belagern und sie überall im Auge behalten.“) werde übergewichtet. Er belegte, dass dem viele andere Verse entgegenstünden.

Der Nürnberger Religionspädagoge mit palästinensischen Wurzeln forderte, den Dialog der Religionen unter den Lebensbedingungen der Vielfalt zu fördern. Dazu müssten theologische Kompetenzen aufgebaut werden und die Muslime aus dem Generalverdacht der Gewalt befreit werden. Die Gesellschaft brauche ein Bündnis für den Frieden. Dringend nötig sei eine Aufklärung über die Fallstricke der „religiösen Radikalisierungsmechanismen“.

Ziel Welteroberung

Die Politikwissenschaftlerin und Orientalistin Justyna Nedza vom GIGA-Institut in Hamburg erläuterte die Entstehungsgeschichte des sog.

„Islamischen Staates“ und die aktuelle Ausbreitung und Organisation des im Sommer 2014 ausgerufenen „Kalifats“. Es sei streng hierarchisch organisiert: Es gebe Konsultations- und Führungsräte in Syrien und Irak – untergliedert in Fachressorts (Mili-



Justyna Nedza: „Der ‚IS‘ finanziert sich durch Erpressung, Schmuggel, Menschenhandel und Spenden.“

tär, Sicherheit, Recht, Finanzen, Versorgung, Medien und Geheimdienst). Die Anführer pflanzen eine eigene Währung (goldener Dinar). Es gebe bereits eine Staatsbürgerschaft und Personalausweise. Die Struktur werde durch Erpressung, Schmuggel, Menschenhandel und Spenden (vor allem aus den Golfstaaten) finanziert. Eine

Sittenpolizei Sorge für die öffentliche Ordnung. Nachwuchs werde vor allem über das Internet und soziale Medien rekrutiert: „Der ‚Islamische Staat‘ ist das, was er ist, auch durch Twitter und Facebook geworden“, sagte Nedza. Endziel des „IS“ sei die territoriale Ausweitung bis hin zur Welteroberung.

Rekrutierung übers Netz

Die zentrale Rolle des Internets bei der Nachwuchsrekrutierung für religiöse Extremisten betonte auch die Leiterin des Bedrohungsmanagements der Hochschule Darmstadt, Dorothee Dienstbühl. So käme man in die Gruppen hinein und würde über verschiedene Bewährungsstufen in der Hierarchie aufsteigen – in letzter Konsequenz zum Kämpfer und Attentäter.



Dorothee Dienstbühl: „Zunehmender Judenhass im Internet.“

Das Internet gewährleiste Anonymität. Deshalb sei auch ein zunehmend obsessiver Judenhass zu beobachten, der alle Extremisten vereine. Eine besondere Gefährdung sieht die Sozialwissenschaftlerin neben Links- und Rechtsextremisten in der türkischen Gruppierung der „Grauen Wölfe“. Von den 1,4 Millionen in der Türkei wahlberechtigten, aber in Deutschland lebenden Türken hätten 480 000 ihr Wahlrecht ausgeübt. Knapp 10 Prozent davon hätten diese offen rechts-extremistisch-neonazistische Gruppe gewählt. Die Gruppe sei hochgradig gewalttätig bis hin zu Sympathien für Hitler und die Nazis.

Birgit Schmitz-Lenders, Leiterin der Europäischen Akademie Bayern, gab einen Überblick über rechtsext-



Birgit Schmitz-Lenders: Überblick über rechtsextreme und -populistische Parteien in Europa.

reme und -populistische Parteien und Gruppierungen im Europäischen Parlament. Am erfolgreichsten bei den letzten Wahlen 2014 war die briti-

britannien. Gefolgt werden die britischen Nationalisten vom französischen Front National unter Marine Le Pen, die mit knapp 25 Prozent auch in Frankreich stärkste Partei wurde. Auf Platz 3 der europäischen Rechtspopulisten liegt die österreichische FPÖ. Bei den Europawahlen 2014 kamen sie auf knapp 20 Prozent, bei den Landtagswahlen in Wien im Oktober 2015 erreichte die Partei unter Heinz-Christian Strache sogar 31 Prozent. Weitere bedeutende rechtspopulistische bzw. –extremistische Parteien sind die Lega Nord in Italien und die niederländische Partei für die Freiheit (Geert Wilders). Im Juni 2015 haben sich acht Parteien zur neuen Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit (ENF) mit 39 Abgeordneten zusammengeschlossen. Fraktionsvorsitzende ist Marine Le Pen.

Mafia und Korruption

Workshops zu Frankreich, Italien und Ungarn ergänzten und vertieften diesen Überblick. Carmen Romano von der Europäischen Akademie sieht die Hauptgründe für den Erfolg von



Carmen Romano erläuterte das rechtsextreme Spektrum in Italien.

sche UKIP (United Kingdom Independence Party) von Nigel Farage mit 28 Prozent. Damit war diese Gruppierung auch stärkste Partei in Groß-

Rechtspopulisten und Extremisten bis hin zu Neofaschisten in der weit verbreiteten Korruption und in der nicht aufgearbeiteten Geschichte Italiens

unter Mussolini: „Rechtspopulismus hat in Italien eine lange Tradition.“ Aktuell sei die Aufdeckung der römischen Hauptstadtmafia vom Dezember 2014. Es gebe eine wachsende Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer der Globalisierung. Da sich alte Klassen und Gruppen auflösen, suchen viele Menschen nach einer Ersatzidentität. Insgesamt identifizierte Romano acht Parteien im rechten und extremen Spektrum, darunter auch die äußerst erfolgreiche „Bewegung Fünf Sterne“ unter Beppe Grillo. Bei den Parlamentswahlen 2013 kam sie auf ein Viertel der Stimmen. Zentrale Programmpunkte seien eine antikapitalistische Ausrichtung, direkte Demokratie, Elitenkritik und Euro-Austritt.

Jochen Zellner, Studienleiter bei der Europäischen Akademie, erläuterte die Situation in Ungarn unter Viktor Orbán und seiner Partei Fidesz, die 2014 die Zweidrittelmehrheit verlor, aber immer noch den Regierungschef stellt. Zellner zeigte anhand der Medien- und Innenpolitik, wie antidemokratisch die Regierung unter Orbán

handelt. Parlamentssitze werden reduziert, die Wahlkreise neu geschnitten, das Wahlrecht geändert – alles zum Vorteil der Fidesz-Partei. Noch extremer ist die Jobbik-Partei, die offen antisemitisch auftritt, Bürgerwehren und Wehrsportgruppen organisiert und ihre Wurzeln im Nationalsozialismus sieht. Die meist jungen Mitglieder hetzen besonders gegen Sinti und Roma.

„Familienbetrieb“ Front National

Birgit Schmitz-Lenders ging für Frankreich besonders auf den „Familienbetrieb“ Front National ein: Der Gründer Jean-Marie Le Pen ist mittlerweile von seiner Tochter Marine aus der Partei ausgeschlossen worden. Deren Nichte Marion ist jüngste Abgeordnete der Nationalversammlung. Die Partei werde jünger und propagiere einen starken, aber sozialen Staat. Das Feindbild Le Pens ist der globalisierte Neoliberalismus. Sie will der Partei ein bürgerliches Image geben und grenzt sich ab von

den rechtsextremistischen Gedanken ihres Vaters. Sie setzt ganz auf französische Souveränität und Identität und fährt damit einen EU- und Euro-kritischen Kurs. Zum Programm gehören der Austritt aus der NATO und der EU („impotentes Imperium“), die Ablehnung des Schengener Abkommens sowie die Rückkehr des Franc. Der Islam wird als Besatzungsmacht gesehen und zur Frage der inneren Sicherheit gehört bei ihr auch die Wiedereinführung der Todesstrafe.

Der Überblick über die vielfältigen extremistischen Tendenzen in Deutschland und Europa führt zu dem Schluss, dass sie tendenziell zunehmen und ihr immanenter Separatismus durchaus eine Bedrohung für die Einheit Europas sein kann. Die Aufgabe der politischen Bildung, mit Rationalität der voranschreitenden Emotionalität in der politischen Auseinandersetzung Einhalt zu gebieten, muss von der ganzen Zivilgesellschaft mitgetragen werden. ■

Michael Schröder

Rechtspopulisten in Europas Parlamenten

Stimmenanteil und Zahl der Sitze rechtspopulistischer Parteien*
in den nationalen Parlamenten (jeweils eine Kammer)

			Sitze von insgesamt	
			↓	
Österreich	FPÖ	20,5 %	40	183 Sitzen
Ungarn	Jobbik	20,2	23	199
Finnland	Wahre Finnen	19,1	39	200
Norwegen	Fortschrittspartei	16,3	29	169
Lettland	Nationale Allianz	13,9	14	100
Dänemark	Dänische Volkspartei	12,3	22	175
Niederlande	PVV	10,1	15	150
Belgien	Vlaams Belang	7,8	12	150
Griechenland	Unabhängige Griechen	7,5	20	300
Litauen	Partei für Ordnung und Gerechtigkeit	7,3	11	140
Bulgarien	Angriff	7,3	23	240
Griechenland	Goldene Morgenröte	6,9	18	300
Tschechien	Morgendämmerung der direkten Demokratie	6,9	14	200
Schweden	Schwedendemokraten	5,7	20	349
Italien	Lega Nord	4,1	18	630
Frankreich	Front National	3,7	2	577

*jeweils direkt nach der Wahl Quelle: Statistikämter oder Innenministerien der Staaten

Stand April 2014 © Globus 6367



Rechtsextremismus in der Region

Als „Rückgrat des demokratischen Rechtsstaats“ und „Schlüsselfunktion bei der Integration von Migranten und Flüchtlingen“ bezeichnete Helga Riedl vom Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg die „Querschnittsaufgabe Menschenrechtsbildung“. Riedl sprach bei einer Podiumsdiskussion der Akademie im Evangelischen Bildungszentrum auf dem Hesselberg.*

Projektleiterin Riedl äußerte sich skeptisch, mit ihrer Arbeit aktive Rechtsextremisten erreichen zu können. Wichtig sei es aber, Multiplikatoren fit

und wann gegen rechtsextremistische Kleidung, Symbole und Musik vorgegangen werden muss. Das sei nicht nur Aufgabe des Sozialkundeunter-



Helga Riedl: „Bildungsferne Schichten besonders anfällig für Extremismus.“



Georg Fleischmann forderte schulische Interventionen gegen menschenfeindliche Äußerungen.

zu machen für die Auseinandersetzung mit totalitären Ideologien und auch bildungsferne Schichten anzusprechen. Die seien besonders anfällig für politischen und religiösen Extremismus jeder Art.

Kein Raum für Extremismus

Georg Fleischmann von der Schulberatung in Mittelfranken und Regionalbeauftragter für Demokratie und Toleranz sprach sich deutlich für Interventionen gegen Extremismus in der Schule aus. In der Lehrerfortbildung werde immer wieder thematisiert, wie

rechts. Auch alle anderen Fachlehrkräfte seien aufgerufen, sich aktiv gegen menschenfeindliche, rassisti-

sche und extremistische Äußerungen zu wenden. Als gutes Beispiel nannte er die Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Extremismus dürfe kein Raum gegeben werden.

Training gegen rechte Sprüche

Das sieht auch Klaus-Peter Hufer von der Universität Duisburg-Essen so. Er praktiziert seit Jahrzehnten mit Erfolg in der politischen Bildungsarbeit ein Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Er will die Teilnehmer in die Lage versetzen, angemessen und angstfrei auf rechte Sprüche zu reagieren. Zunächst müsse das Gefühl der Überforderung und Sprachlosigkeit überwunden werden. Wichtig sei es, Scheinwissen und Unwahrheiten zu enttarnen, Widersprüche aufzuzeigen und gezielt und konkret nachzufragen. Hufer sieht die zunehmende Ökonomisierung der Bildung als Problem. Für Diskussionen und Argumentationen lasse der auf abfragbares Wissen angelegte Unterricht häufig keinen Platz mehr.

Akademiedozent Michael Schröder forderte mehr und vor allem früher einsetzende politische Bildung in allen Schularten. Er bezog dabei bewusst

LINKTIPPS:

<https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/>
<http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/>
<http://www.netz-gegen-nazis.de/>

BUCHTIPP:

Klaus-Peter Hufer: *Argumentationstraining gegen Stammtischparolen Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen*
9. Auflage 2015, Wochenschau Verlag
ISBN: 978-3-87920-054-2

*In Zusammenarbeit mit der Universität Erlangen-Nürnberg und dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung

Kindergärten und Sozialpädagogen mit ein. Werteerziehung und das Wissen um die Gleichwertigkeit aller Menschen könne nicht erst in der Mittelstufe einsetzen: „Umfassende politische Bildung ist die beste Prävention gegen Extremismus“, sagte Schröder. Er warnte aber auch davor, jede Provokation wie Hakenkreuzschmierereien als geschlossenes neo-nazistisches Weltbild zu überbewerten: „Sie wissen halt, wie sie am besten Eltern und Lehrer reizen können.“

Beste Prävention

Unterschiedliche Meinungen wurden bezüglich eines Parteien- und Organisationsverbots extremistischer Parteien deutlich. Während Diskussionsleiter Armin Scherb von der Universität Erlangen-Nürnberg sich für eine klare Positionierung und Antwort der wehrhaften Demokratie und des Rechtsstaats aussprach, warnte Schröder



Klaus-Peter Hufer trainierte mit den Teilnehmern Argumentationsstrategien gegen rechte Parolen.
Fotos: Schröder

der davor, Verbote von Parteien und Vereinen als Allheilmittel anzusehen: „Die Hürden sind hoch, Verfahren können scheitern. Und mit Verboten beseitigt man nicht das Denken in den Köpfen.“

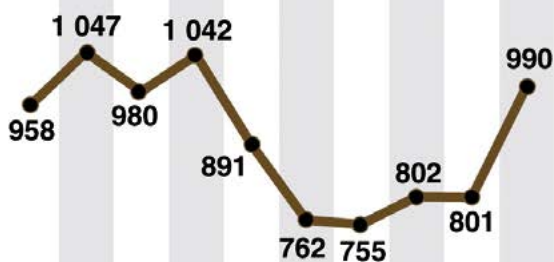
Unerträglich sei es aber, dass durch die Parteienfinanzierung und Wahlkampfkostenerstattung extremistische Parteien noch mit Steuergeldern gefördert werden. 🗳

Michael Schröder

Rechte Gewalt

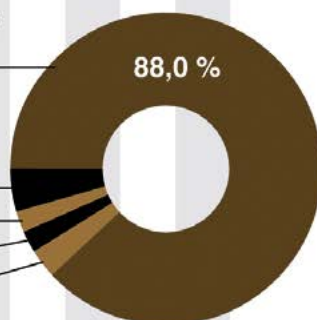
Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

2005 06 07 08 09 10 11 12 13 2014



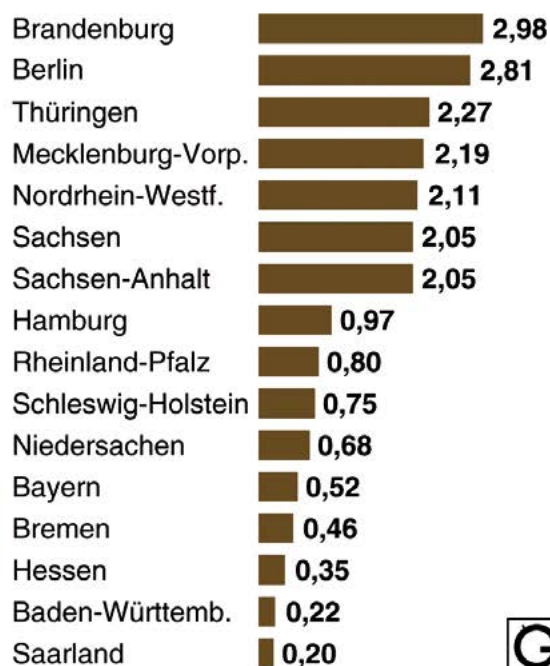
Aufteilung 2014 in Prozent
Körperverletzungen

Widerstandsdelikte 4,5
Landfriedensbruch 2,3
Brandstiftungen 2,1
Sonstiges 3,0



Quelle: Verfassungsschutzberichte, BKA

Rechtsextremistische Gewalttaten 2014
je 100 000 Einwohner



© Globus



Armut und Reichtum in der Demokratie

Konsequenzen sozialer Ungleichheit für Politik und politische Bildung

Die Jahrestagung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB) – 1959 in unserer Akademie gegründet – zum Thema „Armut und Reichtum in der Demokratie“ griff die Debatte um die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland auf. Dieser Unterschied wirkt sich auf die Gestaltungs- und Chancengleichheit hierzulande aus, und damit auf das demokratische System. Welchen Beitrag die politische Bildung vor diesem Hintergrund für den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Zukunftsfähigkeit der Demokratie leisten kann, war die zentrale Frage dieser Tagung.

Zu Beginn erläuterte Judith Niehues vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln anhand vieler Daten die Entwicklung von Armut und Reichtum in Deutschland. So können die Personen, die hierzulande von Armut bedroht sind – jeder siebte Bürger –, holzschnittartig als alleinstehend, alleinerziehend, jünger als 25, ostdeutsch und/oder arbeitslos beschrieben werden. Wer wenig verdient, schätzt seine finanzielle Lage aber tendenziell besser ein, als sie wirklich ist, während die Gutverdiener pessimistischer argumentieren. Die tatsächliche Einkommensverteilung in Deutschland

lässt sich grafisch anhand eines Kreissels beschreiben: wenige sehr arme, eine breite Mitte, wenige in der absoluten Spitze. Die sogenannte Einkommensschere hat sich darüber hinaus seit ungefähr zehn Jahren nicht weiter gespreizt.

Diese Sicht bestätigte der Elitenforscher Michael Hartmann (ehemals Technische Universität Darmstadt). Er betonte aber, dass sich zwischen 1980 und 2005 die Einkommen und Vermögen der Reiche(re)n immens vervielfacht hätten. Die Reichen seien trotz Finanzkrise noch reicher gewor-

den. Deutschland habe im Vergleich zu anderen Industrieländern eine überdurchschnittlich ungleiche Vermögensverteilung. Große Differenzen gebe es auch zwischen Ost- und Westdeutschland. Hartmann zeichnete ein Bild einer von den Interessen der oberen Zehntausend dominierten Politik- und Meinungslandschaft. Von steigenden Bruttoeinkommen und der Steuerpolitik profitieren demnach Vorstandsvorsitzende, Aufsichtsräte, Anteilseigner und Steuerfuchse, die wiederum die soziale Ungleichheit im Land nicht als drängendes politisches und gesellschaftliches Problem erkennen. So verwundert es kaum, dass sich viele Angehörige der unteren sozialen Schichten zunehmend vom politischen Geschehen und von Wahlen abwenden. Arme wählen deutlich weniger oder tendieren zu rechtspopulistischen oder rechtsextremen Parteien. Hartmann sieht die Gefahr der „Unterhöhlung des demokratischen Gemeinwesens.“



Zeichnung: Woessner / toonpool.com



Michael Hartmann: „Reiche profitieren von der Steuerpolitik.“ Foto: Haas

Zahlen und Daten wie diese können in verschiedene Richtungen interpretiert werden – und so diskutierte Judith Niehues gemeinsam mit Ulrich Eith, dem Leiter des Studienhauses Wiesneck im Schwarzwald, und Moritz Kilger von der Europäischen Jugendbildungs- und Begeg-

nungsstätte Weimar die Frage: Wieviel Armut und wieviel Reichtum trägt die Demokratie? Deutlich wurde an den Ausführungen der Podiumsteilnehmer: Der deutsche Sozialstaat steht nicht vor einem revolutionären Umbruch, und auch der politischen Bildung kann es nicht darum gehen, die Herstellung gleichwertiger Lebens-

verhältnisse nach dem Prinzip reiner Umverteilung von Reich zu Arm zu propagieren. Vielmehr muss die politische Bildung Diskussionen über die Grundlagen des globalen Wirtschaftssystems und des hiesigen Sozialstaats sowie über den Sinn von Wachstum und Wohlstand fördern – gerade mit denen, die scheinbar von diesen Systeme-

men benachteiligt werden. „Das Interesse an den politischen Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens ist da“, stellte Moritz Kilger fest, „doch die Ansprache durch die politischen Institutionen ist bisher mangelhaft.“

Sebastian Haas
Michael Schröder

Verdienstvoller Geburtshelfer des Akademiegesetzes

Hans-Jochen Vogel zum 90. Geburtstag

Die Verdienste von Hans-Jochen Vogel in seinen verschiedenen Ämtern – u. a. als Münchner Oberbürgermeister (1960–1972), Bundesminister der Justiz (1974–1981), Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag (1983–1991), SPD-Parteivorsitzender (1987–1991), Kanzlerkandidat der SPD (1983) oder auch als „normaler“ Bundestagsabgeordneter (bis 1994) – sind so groß, dass in den meisten Betrachtungen eine Facette seines vielfältigen Wirkens untergeht: Seine Tätigkeit als junger Mitarbeiter für den damaligen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner (SPD) in der Bayerischen Staatskanzlei.

Wilhelm Hoegner, der bislang einzige Sozialdemokrat im Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten nach 1945, stand von Dezember 1954 bis Oktober 1957 der sogenannten „Viererkoalition“ aus SPD, Bayernpartei, FDP und der Flüchtlingspartei GB/BHE vor. In die Amtszeit der Viererkoalition, deren „größter beziehungsweise einziger gemeinsamer Nenner“ (Karl-Ulrich Gelberg) die Bildungspolitik war, fiel die Entscheidung, im Freistaat Bayern eine Akademie für Politische Bildung zu errichten – und zwar auf gesetzlicher Grundlage. Die Vorüberlegungen für dieses Landesgesetz gingen zwar auf Expertengespräche zwischen namhaften Wissenschaftlern, Politikern, Ministerialbeamten und Verbandsvertretern zurück. Der Referentenentwurf und auch dessen Begründung stammten aber von einem jungen Rechtsassessor, der im Alter von 29 Jahren Leiter des Arbeitskreises für die Sammlung des Bay-

erischen Landesrechts in der Bayerischen Staatskanzlei geworden war: von Regierungsrat Dr. Hans-Jochen Vogel. Er legte bereits am 31. Juli 1955, noch bevor ein Arbeitskreis aus Wissenschaftlern und Politikern zum zweiten Mal zusammenkam, den Entwurf für das spätere Gesetz vor. Für die Akademie ist dieses Gesetz bis heute ein Schatz. Das in der Bundesrepublik einzigartige Akademiegesetz bestimmt nicht nur, dass die Akademie als „Anstalt des Öffentlichen Rechts“ überparteilich arbeitet. Darüber hinaus trifft das „Gesetz über die Errichtung einer Akademie für Politische Bildung“ vom 27. Mai 1957 kluge Festlegungen etwa über die Berufung und Zusammensetzung des Kuratoriums, welches die Tätigkeit der Akademie überwacht. Auch in dieser Hinsicht hat der junge Regierungsrat Dr. Vogel, der dem Kuratorium von 1957 bis 1960 auch selbst angehörte, Weitblick bewiesen.



Vorausschauender Architekt des Akademiegesetzes: Hans-Jochen Vogel

Foto: Henning Schlottmann / wikimedia commons

bei ihm: Für seine Klugheit und Umsicht, die eine wichtige Grundlage dafür gelegt haben, dass die Akademie werden konnte, was sie heute ist: Ein überparteiliches Forum für Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, ein bundesweit hoch geschätztes Kompetenzzentrum für politische Bildung und eine unabhängige Forschungsstätte, die im Jahr 2017 ebenfalls einen runden Geburtstag feiern darf: ihren 60.

Ursula Münch

(Keine) Zeit für Demokratie?

Politische Willensbildung unter Druck

Politische Willensbildung steht unter extremem Zeitdruck. Die politischen Prozesse werden immer komplizierter, die Gegenstände immer komplexer, die Akteure immer zahlreicher – und die Medien wirken auch noch als Verstärker dieses Zeitdrucks. Dabei sollte die Politik doch nicht nur schnell handeln, sondern Entscheidungen kompetent und sachgerecht vorbereiten und treffen. Zwänge der Beschleunigung treffen auf die Notwendigkeit zur Entschleunigung demokratischer Entscheidungsprozesse. Mit diesem Konflikt beschäftigt sich eine Tagung in Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung.

„Wer herrscht, herrscht über Zeit und Raum“, verkündete Karlheinz Geißler, Zeitforscher und Gründer von „timesandmore“, einem Münchner Institut für Zeitberatung. Die Unterteilung der Zeit (Stunden, Minuten, Sekunden) hat sich nicht die Natur, sondern der Mensch ausgedacht. Sie ist somit Gegenstand politischer Festlegung, ein „hoheitlicher Akt“. So gibt es in Deutschland erst seit 1893 eine einheitliche „deutsche Zeit“. Und Zeit



Karlheinz Geißler: „Mit Zeit wird Politik gemacht.“

Foto: Timesandmore

wird mitunter als politisches Instrument ge- und manchmal auch missbraucht. Die Umstellung der Uhr von Winter- auf Sommerzeit, die Festlegung der Zeitzonen (auf der Krim gilt seit der Einverleibung durch Russland die „Moskau-Zeit“!) und die Verschie-

bung des Renteneintrittsalters sind nur zwei Beispiele dafür, wie mit Zeit Politik gemacht wird. Die Beschleunigung unserer Gesellschaft nahm seit der Erfindung der Uhr und der Abkehr von der Natur als zeitlichem Orientierungsrahmen immer mehr an Fahrt auf, so Geißler. Heutzutage herrsche ein richtiger Wettbewerb der Menschen darin, immer mehr Tätigkeiten gleichzeitig ausüben zu können, was nicht nur unsere Kultur massiv verändere, sondern auch die Menschen nicht unbedingt zufriedener mache. Beschleunigung bedeute zunehmend Verdichtung von Tätigkeiten – ohne Aussicht, sie zu einem Abschluss zu bringen. Das Smartphone ist für Geißler der „Klassiker“ und Symbol dieses „Vergleichzeitigungsprozesses“.

Behinderung der Demokratie

Auch Ulrich Mückenberger, Leiter der Forschungsstelle Zeitpolitik der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik, betonte die Interdependenz von Zeit und Politik. Doch wie wirkt sich das auf die Demokratie aus? Mückenberger sagte: „Durch den Beschleunigungsdruck wird Demokratie behindert.“ Die immer kürzere Abfolge krisenhafter Erscheinungen (Finanzmarkt, Euro, Griechenland, Ukraine, Terrorismus, Flüchtlinge etc.) führe zu einer Verschiebung wichtiger Ent-

scheidungen in der Exekutive – zu Lasten der Parlamente. Ein Nachdenken über solche Entscheidungen im Sinne einer breiten Deliberation findet laut Mückenberger kaum noch statt. Die Deliberation, also das Abwägen von Für und Wider, brauche Zeit und Raum.



Ulrich Mückenberger forderte Inseln der Reflexivität im Politikbetrieb.

Fotos: Haas / Sollanek

Andererseits ist das Mehrheitsprinzip bei der Entscheidungsfindung zeitpolitisch nicht zu vermeiden, sondern notwendig, um überhaupt zu Entscheidungen zu kommen. Immer öfter sehen wir uns jedoch Ereignissen gegenüber, die eine unmittelbare Reaktion erwarten. „Der Notstand ist die Stunde der Exekutive“, zitierte Mückenberger den früheren Bundesinnenminister Gerhard Schröder (CDU, 1953–1961). Manchmal sei dies unumgänglich. Dennoch müsse im Anschluss an den Notstand eine demokratische Aufarbeitung mit Beteiligung der Legislative stattfinden, um die Frage zu klären, wie in Zukunft mit ähnlichen Situationen umgegangen werden soll. „Demokratie braucht Zeit!“, betonte Mückenberger und forderte „Inseln der Reflexivität im Politikbetrieb“. Man müsse sich auf Wesentliches, auf grundlegende Weichenstellungen konzentrieren.



Diese Überlegungen wurden im Anschluss intensiv aus der Perspektive der politischen Praxis beleuchtet. Unter der Moderation von BR-Journalistin Stephanie Heinzeller diskutierten die Grünen-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag Margarete Bause, der ehemalige Bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein und Jürgen Busse, früherer Direktor des Bayerischen Gemeindetages. Bause und Beckstein bestätigten, dass sich die an sie gestellten Anforderungen verändert haben. Vor allem von den Journalisten werde eine viel schnellere Reaktion als noch vor einigen Jahren erwartet.

Kurzatmigkeit selbst verursacht

Margarete Bause kritisierte jedoch auch, dass die konstatierte „Kurzatmigkeit“ an vielen Stellen von der Politik selbst verursacht sei: „Wir müssen vorausschauende Politik machen, damit Krisen gar nicht erst eintreten. Kurzfristige Reaktionen sind für alle Ebenen schwierig.“ Günther Beckstein pflichtete ihr bei, dass es manchmal sinnvoll sei, sich nicht unter Druck setzen zu lassen. Dennoch machte er darauf aufmerksam,



Günther Beckstein: „Schnelle Entscheidungen gelten als Führungsstark.“

dass meist derjenige als führungsstark gelte, der schnelle Entscheidungen klar formuliere: „Hätte Hollande nach den Anschlägen von Paris erst einmal eine Kommission einberufen, wären

seine Werte in den Keller gegangen.“ Kommen Politikern Krisen und Zeitdruck damit manchmal sogar entgegen, indem sie Entscheidungen möglich machen, die sonst nicht durchsetzbar gewesen wären? Auf Nachfrage von Moderatorin Heinzeller



Margarete Bause plädierte für vorausschauende Politik, um Krisen zu vermeiden.

wurde Beckstein deutlich: „Selbstverständlich! In Krisenzeiten hat der Finanzminister schlechte Karten.“ Der Druck könne als Chance gesehen werden, z. B. Geld für Personal und Ausrüstung zu bekommen – in der aktuellen Zuwanderungsdebatte sei dies erkennbar gewesen. Jürgen Busse vertrat in der Diskussion die Position der Kommunal- und Regionalpolitik und machte darauf aufmerksam, dass auch in den Gemeinden Zeitdruck entsteht, wenn politische Entscheidungen möglichst rasch umgesetzt werden sollen. Er wünschte sich nachhaltige und verlässliche Konzepte für die Zukunft, die Planung zulassen: „Die Hektik machen wir uns meistens selber.“

Fernsehstudio in der Hosentasche

Vor allem die sozialen Netzwerke tragen enorm zur Beschleunigung in unserer Welt bei, so auch im Journalismus. Dort haben sie sich inzwischen zu einem ernst zu nehmenden Konkurrenten für die „klassischen Medien“ entwickelt. Mit den neuen sozialen Medien ist es für Politikerinnen und

Politiker (aber auch für „normale“ Bürger) möglich, vom reinen Empfänger zum Sender von Nachrichten zu werden. Auf diese Weise wird die früher übliche Top-Down-Kommunikation und die Gatekeeper-Funktion von Journalisten zunehmend ausgehöhlt. Vorteile bieten die sozialen Medien allen voran bei der Geschwindigkeit. Ein wichtiger Aspekt, der bei Richard Gutjahr vom Bayerischen Rundfunk deutlich wurde. Die Ausbreitung der sozialen Netzwerke verglich Gutjahr mit der Entstehung einer neuen Welt, bei der Erdplatten auseinanderbrechen und Plattformen sich unterschiedlich ausbreiten. Mit einer über Smartphones verfügbaren Live-Streaming-App demonstrierte er die enormen Möglichkeiten der Beschleunigung im Bereich der Berichterstattung durch technische Innovationen. „Jeder hat sein eigenes Fernsehstudio in der Hosentasche mit dabei – und im Vergleich zum Produktionsapparat klassischer Fernsehsender ist es spottbillig.“

Auch der Leiter des BR-Hauptstadtstudios Joachim Wendler rückte die zunehmende Bedeutung von „Social Media“ weiter in den Fokus. Nachrichten gewinnen durch sie vor allem an Aktualität. Diese ist für Wendler eine der wichtigsten Voraussetzungen für guten Nachrichtenjournalismus

„Guter Nachrichtenjournalismus ist ohne soziale Medien nicht mehr möglich.“

Joachim Wendler

und ausgerechnet hier sehen sich die „klassischen“ Medien im Hintertreffen. Durch ihre Unabhängigkeit von Nachrichtenagenturen sind soziale Netzwerke einfach schneller. Es wird sofort berichtet, sobald etwas passiert. Verlieren Nachrichten durch die enorme Beschleunigung und durch

fehlende Filter an Relevanz und Seriosität? Wendlers Antwort: „Nur wer Informationen schnell zur Verfügung hat, kann auch schnell über deren Relevanz urteilen. Schnelligkeit geht der Relevanzbeurteilung voraus.“ Die „klassischen“ Medien haben nur eine Chance, wenn Sie sich in diesen Prozess einklinken, denn „guter Nachrichtenjournalismus ist ohne soziale Medien nicht mehr möglich.“

In der Klimapolitik, so Jörg Haas, Pressereferent der Umweltorganisation Campact (Berlin), herrschen andere Notwendigkeiten im Umgang mit der Zeit: Ziel müsse es sein, möglichst schnell Lösungen zu finden – allerdings für einen sehr langfristigen, sich über Jahrzehnte hinziehenden Prozess. Durch die zeitliche Entfernung der katastrophalen Auswirkungen der Klimaveränderung verliert die Suche nach Gegenmaßnahmen vermeintlich an Dringlichkeit – ein fataler Zusammenhang. Statt Entschleunigung forderte Haas für die Klimapolitik deshalb eine unverzügliche Beschleunigung politischer Entscheidungen. Dennoch gebe es genügend Zeit für Demokratie in der Klimapolitik, betonte Haas. Mögliche Lösungsansätze seien aber durch gezielte Desorientierungskampagnen der Industrie-Lobby jahrzehntelang verhindert worden. Mangelnder Klimaschutz bedrohe die Demokratie, da bei weiterer Untätigkeit der „permanente Notstand“ drohe. In einer funktionierenden Demokratie wird sich die klimapolitische Vernunft durchsetzen, so Haas' optimistischer Ausblick.

Entschleunigung durch Beteiligung

„Gute Beteiligung bringt Beschleunigung im Entscheidungsprozess“, argumentierte Hans-Jörg Sippel, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Mitarbeit mit Sitz in Bonn, und führte an, dass durch einen konstruktiven Partizipati-

onsprozess beispielsweise nachträgliche Klagen gegen eine Maßnahme vermieden würden. Ideale Bürgerbeteiligung setze voraus, die Betroffenen möglichst rasch und umfassend



Hans-Jörg Sippel: „Ideale Bürgerbeteiligung braucht rasche und umfassende Informationen.“

mit Informationen zu versorgen und sie einzubinden in einen kooperativen Kommunikationsprozess mit der Verwaltung und den Kommunalpolitikern. Sippel betonte, dass mehr und bessere Partizipation eine Grundbedingung für eine bessere demokratische Qualität politischer Prozesse sei. Er stellte als wesentliche Vorausset-

zung dafür die Verstetigung der Bürgerbeteiligung über entsprechende Satzungen oder Leitlinien dar. Nur so sei eine echte Bürgerbeteiligungskultur zu erreichen.

Politik braucht Zeit

Welche Folgerungen ergeben sich aus all dem für die politische Bildung? Dieser Frage widmete sich Fritz Reheis von der Universität Bamberg. Politische Bildung definierte er dabei als einen „Prägungsprozess, der auf das Gemeinwesen bezogen ist“. Die zentrale didaktische Herausforderung bestehe darin, „geronnene Zeit zum Fließen zu bringen.“ Die Wertschätzung historischer Errungenschaften dürfe nicht so weit gehen, so Reheis, dass damit die Unüberwindbarkeit sogenannter „Sach“-Zwänge begründet werde. „Die kollektive Suche nach dem allgemein Verbindlichen – und nichts anderes ist Politik – benötigt Zeit. Genauso, wie Bildung Zeit benötigt: Was wachsen soll, muss reifen können!“

Corinna Korn

Alisa Sollanek

Gerd Rudel

Manfred Schwarzmeier



Parlamente wie der Bundestag arbeiten immer mehr unter Zeitdruck.

Foto: wikimedia commons / whitehouse.gov

„Die EU hängt am seidenen Faden“

Flucht und Asyl dominieren die Politik in Berlin

Einblicke in das Zusammenspiel von Politik und Medien in Berlin bot eine Studienfahrt in die Hauptstadt. Die Tagung fand zur Halbzeit der Großen Koalition und auf dem Höhepunkt der Koalitionskrise rund um die Flüchtlingspolitik statt.

Einen „Wettlauf der Schäbigkeit in Europa“ sieht Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth von den Grünen bezüglich der aktuellen Flüchtlings-



Claudia Roth sieht einen „Wettlauf der Schäbigkeit in Europa“. Fotos: Schröder

politik. Sie befürwortet einen stärkeren Schulterschluss der demokratischen Parteien, um den zunehmenden Rechtsextremismus in Deutschland

und Europa zurückzudrängen: Sie befürchtet aber, dass der Machtkampf in der CDU/CSU dem entgegensteht. Anti-europäische Parteien seien in vielen Ländern der EU auf dem Vormarsch, sagte Roth. „Die Werte Europas finden doch nicht einmal mehr in Sonntagsreden statt. Die EU steckt in einer tiefen Krise und hängt am seidenen Faden.“ Roth forderte ein Einwanderungsgesetz, wie es seinerzeit von der früheren Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth vorgeschlagen und konzipiert worden war: „Das würde die Situation entspannen.“

Zufriedenheit bei der SPD

Zufrieden mit der Bilanz seiner Partei zur Halbzeit der Großen Koalition zeigte sich der stellvertretende SPD-Vorsitzende Ralf Stegner. Mindestlohn, weitgehende Abschaffung des Betreuungsgelds, Energie-



SPD-Vize Ralf Stegner ist mit der Bilanz seiner Partei in der Koalition zufrieden.

„Öffentliche Kontroversen zwischen den Unions-Fachministern der Koalition sind schädlich.“

Gerda Hasselfeldt

wende. Große Probleme sieht er bei der Bewältigung der Flüchtlingsintegration und einer entsprechenden einvernehmlichen Lösung der Koalitionsparteien. Ihm sei es aber lieber, sich mit der CSU trotz bekann-

ter Schwierigkeiten und Probleme zu einigen, statt dass Rechtsextremisten und Populisten die Oberhand gewinnen und in Parlamente einziehen.

Eine deutlich weniger positive Bilanz der ersten beiden Jahre der Großen Koalition zieht der Abgeordnete der Linkspartei, Klaus Ernst aus Schweinfurt. Der ehemalige Sozialdemokrat, der 2004 aus der SPD ausgeschlossen wurde, bedauert, dass keine Vermögenssteuer angepackt wurde, um dringend erforderliche Verbesserungen der Infrastruktur auf den Weg zu bringen. Die Agenda 2010 ist für ihn immer noch ein „Lohnsenkungsprogramm“ und der von der Regierung eingeführte Mindestlohn ist ihm mit 8,50 € zu niedrig. Leiharbeit und befristete Beschäftigungsverhältnisse sind für den leidenschaftlichen Sozialpolitiker weitere Negativposten in der schwarz-roten Bilanz.

Sorgfältige Wortwahl

Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Gerda Hasselfeldt zeigte sich im Gespräch besorgt über die hohe



Zahl von Flüchtlingen und sieht diese Besorgnis auch in der Bevölkerung. Dabei gehe es nicht um ausländerfeindliche Einstellungen, sondern

schlicht um die Sorge, dass angesichts des Zustroms die kulturelle und soziale Integration sehr schwierig werde. Es gehe um menschenwürdige Unterbringung, Arbeit, Bildung und Sprachförderung. Sie plädierte dafür, Wortwahl und Ausdrucksweise der Politiker sorgfältig abzuwägen, um nicht aggressive Strömungen zu fördern. In diesem Zusammenhang kritisierte sie die Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten an den ungarischen Ministerpräsidenten Orbán als „nicht so supermäßig toll“. Öffentliche Kontroversen zwischen den Unions-Fachministern der Koalition über die Flüchtlingspolitik bezeichnete Hasselfeldt als „schädlich“. 📺

Michael Schröder



Im Hauptstadtstudio der ARD

Kampf um die Geschwindigkeit

Einblicke in das Innenleben von Hauptstadtmedien

Gegen das Flüchtlingsthema kommen wir mit anderen Themen derzeit kaum gegen an“, sagte der Studioleiter des Bayerischen Rundfunks in Berlin Joachim Wendler. Es gebe schließlich auch andere wichtige Themen wie Pflege, Rente, Sterbehilfe und nach wie vor Griechenland. Aber: „Die Flüchtlinge überlagern alles.“ Man versuche zwar, auch andere Themen anzubieten, aber die Heimatsender verlangten immer wieder danach.

Jürgen Hofrichter weiß auch warum. Er ist der Leiter der Wahlforschung bei infratest dimap. Seine Umfragezahlen belegen: Flüchtlinge sind seit Wochen das Topthema der Deutschen. Dabei gebe es nach wie vor eine große bis sehr große Akzeptanz für die Aufnahme von Kriegsflüchtlings. Aber Skepsis und Pessimismus, dass die Probleme zu lösen seien, wachsen. In Ostdeutschland übrigens stärker als im Westen. Die Anhänger der Grünen und der AfD seien dabei die Extreme im politischen Spektrum. Erstmalig gebe es

eine Mehrheit, die mit der Politik der Bundesregierung unzufrieden sei. Die Bundeskanzlerin verliert an Zuspruch und Rückhalt, während Horst Seehofer in der Flüchtlingsdebatte sein Profil schärft und an Popularität gewinnt.

Live bei „Illner“

Die Redaktion der ZDF-Talkshow „Maybrit Illner“ setzt auch auf das große Interesse am Flüchtlingsthema. Redakteurin Sabine Bleich erläuterte die Hintergründe der redaktionellen

Planung von der ersten Idee bis zur fertigen Sendung, die die Teilnehmer der Tagung live im Studio verfolgen konnten. Das Redaktionsteam tele-



Joachim Wendler: „Das Flüchtlingsthema überlagert alles.“ Fotos: Schröder

fiziert nach der Themenfestsetzung mit möglichen Gästen der Diskussion. Viele Anläufe scheitern, aber am Ende gibt es ein fertiges Konzept mit

verteilten Rollen: Politiker verschiedener Couleur, Experten, Betroffene. Und Einschaltquoten um die 12 Prozent – das sind immerhin 2,7 Millionen Zuschauer – zeigen der Redaktion, dass sie mit Thema und Konzept nicht ganz falsch gelegen haben.

Rund 1000 Journalisten arbeiten weltweit für die Deutsche Presse-Agentur (dpa). Über den Basisdienst werden täglich etwa 750 Meldungen und knapp 2000 Bilder verbreitet. Pressesprecher Christian Röwekamp erläuterte, dass sich die Bedingungen für das Geschäft mit der Nachricht verändert haben: „Wir haben den Kampf um die Geschwindigkeit längst verloren.“ Stattdessen werde die Verifizierung von Nachrichten die zentrale Aufgabe der Agentur: „Wir müssen nicht die Ersten sein, die berichten, sondern die Ersten, die zuverlässig berichten.“ Jörg Blank koordiniert die Arbeit der bundespolitischen dpa-Korrespondenten in Berlin. Er bestätigt: „Der Trend zur Boulevardisierung nimmt zu.“

Christiane Hoffmann ist in Berlin die stellvertretende Leiterin des Hauptstadtbüros des Spiegel. Die Aktualität – der Tod von Alt-Kanzler Helmut Schmidt – bringt ihre Pläne für die Redaktion in dieser Woche durcheinander. Der Andruck der Samstagsausgabe wird um 24 Stunden nach vorne verlegt. Ferner muss für die nächste Woche ein Sonderheft zum Tod des SPD-Politikers pro-



Christiane Hoffmann ist stellvertretende Leiterin des Hauptstadtbüros des Spiegel.



Öffentliche Redaktionskonferenz bei der taz.

duziert werden. Da helfen Routine, Erfahrung, eine große Redaktion und schließlich die berühmte Spiegel-Dokumentation.

Öffentliche Redaktionskonferenz

Einblicke in das Innenleben der Tageszeitung taz bot der Besuch der öffentlichen Redaktionskonferenz. Zunächst geht es um eine Blattkritik der beiden letzten Ausgaben. Ist der Aufmacher auf der Seite 1 originell und trifft das Foto das Thema? Sind die großen Geschichten gut geschrieben? Diese und andere Fragen werden kontrovers und leidenschaftlich diskutiert. Dann stehen die aktuellen Themen der morgigen Ausgabe zur Debatte. Die Ressortchefs und Planungsredakteure stellen die Themen vor. Und da geht es nicht nur um Politik – auch das „Revival der Strickjacke“ kommt als Vorschlag aus der Kulturredaktion. Auslandschefin Barbara Oertel spricht anschließend von den Problemen einer überregionalen Tageszeitung aktuell zu bleiben angesichts des frühen Andrucktermins um 17 Uhr. Die Redaktion unter dem neuen Chef Georg Löwisch kämpft ferner wie alle anderen „Holzmedien“ auch um junge Leser und die Frage, wie im Internet mit Angeboten Geld verdient werden kann.

Auf der anderen Seite des Tisches sitzt jetzt der stellvertretende Regierungssprecher Georg Streiter. Er hat mehrere Jahrzehnte als politischer Korrespondent in Bonn und Berlin für verschiedene Blätter gearbeitet – darunter BILD, Express und Stern. Seit 2011 „verkauft“ er die Politik der Bundes-



Georg Streiter „verkauft“ als stellvertretender Regierungssprecher die Politik der Koalition.

regierung – zunächst für die schwarz-gelbe, jetzt für die schwarz-rote Koalition. Er erläutert das Geben und Nehmen zwischen den Sprechern der Regierung und den Korrespondenten und spricht von einer „Verwilderung der Sitten“. Vereinbarte Vertraulichkeit werde nicht mehr so respektiert wie früher. „Der Konkurrenzdruck ist einfach zu hoch.“

Michael Schröder

Gegen den „Los Wochos-Journalismus“

Werkstattseminar zur Zukunft der Radionachrichten macht Mut zu Experimenten

Die Medien unterliegen in digitalen Zeiten einem rasanten Wandel. Das Radio ist da nicht ausgenommen. Vieles muss anders werden. Auch die Nachrichten. Daran arbeiteten Radiomacher aus ganz Deutschland, die sich in Baden-Baden zur „2. Zukunftswerkstatt Radionachrichten“* trafen.

Rita Vock weiß, wovon sie spricht. Sie ist Nachrichtenredakteurin beim Deutschlandfunk in Köln und im Vorstand der Initiative Nachrichtenaufklärung. Sie sagt: „Unsere professionelle Wahrnehmung hat blinde Flecken.“ Themen würden vernachlässigt. Das heiße nicht, dass sie nur einfach vergessen werden. „Es geht um strukturelle Vernachlässigungen.“ Positive Themen würden zu selten berücksichtigt. Journalismus neige zum Negativismus. Außerdem gebe es geografische blinde Flecken – zum Beispiel Afrika. Und in der Konfliktregion Ukraine hätten ARD und ZDF keine Korrespondentenbüros.

Ebenfalls vernachlässigt werden Dauerhaftes und Kompliziertes. Oft fehle der lange Atem, an einem Thema dranzubleiben. Stattdessen gingen die Redaktionen zu oft den professionellen PR-Strategen aus Politik und Wirtschaft auf den Leim und machten sich zu Lautsprechern des ewig Gleichen.

LINKTIPP:

www.derblindefleck.de (Initiative Nachrichtenaufklärung)

Und wenn mal wieder „Los wochos-Journalismus“ (Wolfgang Michal) angesagt ist? Wenn die Nachrichten tagelang nur ein beherrschendes Thema haben? Dann steigt die Gefahr der Vernachlässigung anderer, deswegen nicht unwichtiger Themen: Was ist eigentlich in Mali los? Und was ist

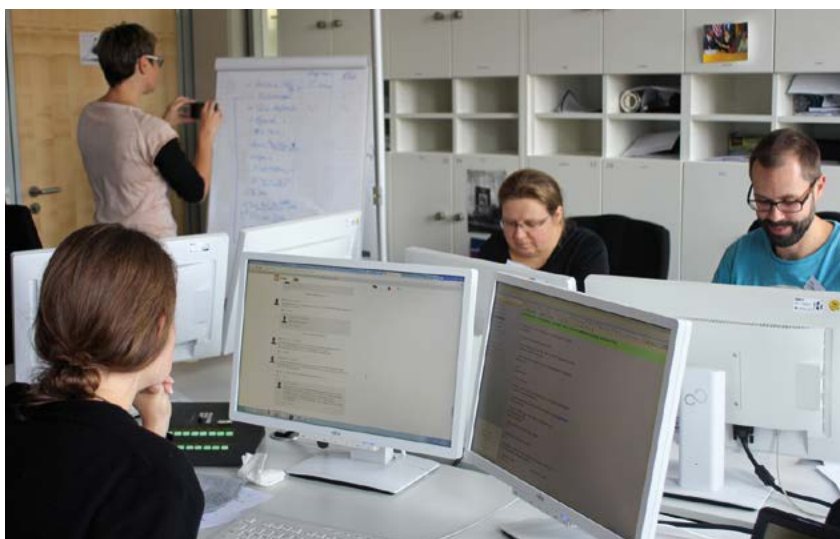
mit Boko Haram in Nigeria? Und was wurde aus den inhaftierten Demonstranten vom Gezi-Platz in Istanbul?

Mehrwert bieten

Christoph Ebner ist überzeugt, dass sich Radio verändern muss, wenn es im Internetzeitalter überleben will. Online-Quellen gibt es vielfach, da braucht der Nutzer nicht mehr unbe-

Neuigkeiten: „Der Hörer muss auch emotional erleben, dass wir live sind.“ Das heiße auch: Fehler zulassen und korrigieren. So könne man verlorenes Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Medien zurückgewinnen. Ebner forderte „Mut zur Lücke“: „Wir müssen nicht alles senden. Auf routinierte ‚Wasserstandsmeldungen‘ aus Ministerien und Staatskanzleien können wir und die Hörer gerne verzichten.“

Die kreative Arbeit an Ideen für die Redaktionen von morgen war auch bei der 2. Nachrichtenwerkstatt ein fester Bestandteil des Seminars. In drei Gruppen wurden Modelle für das trimediale Radio der Zukunft entwickelt und ausprobiert. In den Studios des SWR konnten die Konzepte gleich sen-



Einblick in die „Zukunftswerkstatt Nachrichten“

Foto: Schröder

dingt sein Radio. Der Leiter der SWR-Nachrichtenredaktion ist überzeugt: „Wenn Inhalte schon vor der Sendung beim Hörer sind, müssen die Redaktionen einen Mehrwert bieten.“ Sie müssten mehr vermitteln als das, was heute sowieso alle im Netz anklicken. Sortieren, gewichten und einordnen – das seien die zukünftigen Aufgaben jenseits des Geschäfts mit

dereif gemacht werden. Doppelmoderationen, mehr erzählen als vorlesen, O-Töne, Geräusche – das waren nur einige der Rezepte für die Nachrichten von morgen. Wie sich das anhört, steht im Blog zur Werkstatt: <http://www.radio-machen.de/2015/10/26/zukunftswerkstatt-radionachrichten-ii-bloss-nicht-wie-immer/>

Michael Schröder

* In Zusammenarbeit mit der ARD.ZDF-Medienakademie und dem Südwestrundfunk

Grenzüberschreitungen – Medienethik im digitalen Zeitalter

Nach dem Absturz der Germanwings-Maschine in den französischen Alpen im März 2015 berichteten alle Medien über den Todespiloten. Sein gesamtes Leben wurde vor der internationalen Öffentlichkeit ausgebreitet. Dem Deutschen Presserat lagen daraufhin 430 Beschwerden über die Berichterstattung zu diesem Thema vor – ein Rekordwert.

Auch das Fernsehen gerät in die Kritik. Immer wieder werden Verstöße gegen die Jugendschutzbestimmungen insbesondere bei den privaten Sendern festgestellt. Und das Internet? Ist es ein rechtsfreier Raum oder gelten auch hier Regeln, die Anbieter beachten müssen? Darf wirklich alles veröffentlicht werden?

Beim 15. Tutzingener Medien-Dialog, den unsere Akademie mit der Evangelischen Akademie Tutzing zum Thema „Grenzüberschreitungen – Medienethik im digitalen Zeitalter“ veranstaltete, gaben Medienexperten Antworten auf die Fragen, was bei der Berichterstattung zulässig ist. Was darf gedruckt oder gesendet werden, was besser nicht? Wann müssen ethische Grenzen aufgezeigt werden und wo liegen sie?

Ohne Medien kein Skandal

Hans Mathias Kepplinger, nach Elisabeth Noelle-Neumann das Gesicht der Mainzer Publizistik-Forschung, sprach über die Mechanismen der Skandalisierung in den Medien. Er sagt: „Ein Missstand wird erst zum Skandal, wenn frei entscheidende Menschen aus niederen Motiven und im Wissen um die negativen Folgen handeln und somit moralische Schuld auf sich laden.“ Schuld wiederum verlangt Sühne. Und diese Forderung nach Sühne, also der Beseitigung der (Schuld-)Ursachen, wird durch die Medien transportiert: „Ohne intensive Medienberichterstattung wird kein

Missstand zum Skandal!“ Und: „Ein richtiger Skandal braucht Wut und nicht nur Trauer.“

„Ein richtiger Skandal braucht Wut und nicht nur Trauer.“

Hans Mathias Kepplinger

Kepplinger sieht eine starke Tendenz zum Kampagnen-Journalismus, der das Publikum oftmals in die Irre führt, fragwürdige politische Entscheidungen verursacht und das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen schwächt. Gleichzeitig schwindet aber auch die Glaubwürdigkeit der Medien: „Ich halte den Versuch der Pegida-Be-



Hans Mathias Kepplinger sieht eine Tendenz zum Kampagnen-Journalismus.

Fotos: Haas

wegung, die Medien zu skandalisieren, für ein ernst zu nehmendes Problem“, sagte der Mainzer Medienprofessor.

Frederik Obermaier ist Journalist im Ressort „Investigative Recherche“ der Süddeutschen Zeitung. Zwischen ihm und dem Publikum entwickelte sich ein intensives Gespräch über die Grenzen, denen ein investigativer Journalist gegenübersteht: fehlende Zeit, fehlendes Geld, unklare rechtliche Situatio-



Frederik Obermaier fordert für Bayern ein Informationsfreiheitsgesetz.

nen, Undercover-Recherchen, wenig auskunftsfreudige Behörden oder als „geheim“ eingestufte Vorgänge. Man bewege sich immer im Bereich der Verdachtsberichterstattung, da brauche es eine besondere Portion Sorgfaltspflicht. So müsse die Namensnennung von Verdächtigen in einem vernünftigen Verhältnis zur Tragweite der Fakten stehen. Undercover-Recherchen hält Obermaier prinzipiell für machbar. Es hänge sehr vom Thema ab, ob sie gerechtfertigt seien. Bei der Süddeutschen Zeitung gelte die Regel: „Wir segeln nicht unter falscher Flagge.“ Obermaier beklagte die Geheimhaltungswut mancher Behörden: „Zu oft klebt der ‚Geheim-Stempel‘ drauf, um Öffentlichkeit zu verhindern.“ Er forderte für Bayern ein Informationsfreiheitsgesetz, wie es bereits in vielen Bundesländern existiert.

Der Medienethiker Alexander Filipović von der Hochschule für Philosophie in München sprach über die Datafizierung des digitalen Wandels. Er machte deutlich: Digitalisierung könne helfen und auch positive Auswirkungen haben, müsse sie



Alexander Filipović: „Der überwachte Mensch ist heute der vorhergesagte Mensch.“

aber nicht automatisch. Denn in der digitalen Welt zahle man mit seinen Daten statt mit Geld. Digitalisierung sei deshalb auch ein Spiel um die Macht. Daten seien attraktiv für Unternehmen. Die Sammlung, Auswertung und Verknüpfung der Daten berge die Gefahr von unkontrollierter Macht und der Kontrolle und Steuerung des Einzelnen wie ganzer Gesellschaften. Der Medienethik komme dabei eine Störfunktion zu. Big Data heiße auch „große Überwachung“. Filipović sieht einen Trend zur Überwachungs-gesellschaft: „Der überwachte Mensch ist heute der vorhergesagte Mensch.“ Entmündigung durch Überwachung und Kontrolle tarne sich als Befreiung und Erweiterung der Autonomie des Einzelnen. Da sei die Politik gefordert, ihr Primat gegenüber der Internetwirtschaft selbstbewusst zu vertreten. Medien-, Kommunikations- und Netzpolitik dürfe nicht mehr nur als Wirtschaftspolitik verstanden werden, sondern auch als Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik.

Der Informationsdirektor des Bayerischen Rundfunks (BR), Thomas Hinrichs, benannte die Herausforderungen für Qualitätsjournalismus im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Hinrichs setzt auf den mobilen Dialog mit seinen Zuschauern in Echtzeit als permanenter Begleiter rund um die Uhr. Das geht nur online: „Wer nicht mobil ist, findet in Zukunft nicht mehr statt.“ Er will „den Zuckerbergs dieser Welt“ nicht das Feld überlassen, will Lotse sein in der Informationsflut. Dazu gehört auch das Verteidigen der Rolle des Gatekeepers. Die Verifikation und der Faktencheck von Meldungen aus dem Netz im Zuge der beschleunigten Berichterstattung gehört für Hinrichs ebenso dazu wie das Ringen um das Vertrauen des Publikums. Für ihn bedeutet Qualitätsjournalismus im BR, 24 Stunden am Tag bei den Nutzern zu sein, einen fairen Dialog zu führen und auch Fehler machen zu dürfen – diese dann aber transparent nach außen dar- und richtigzustellen.

Ran an die Menschen

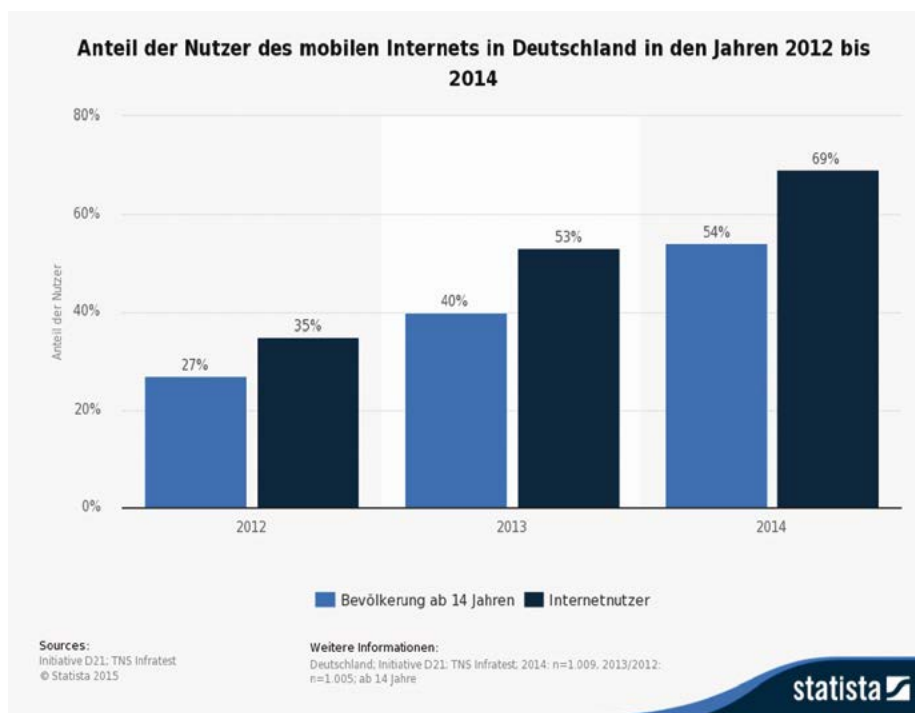
Nicht nur bei Informationsprogrammen stellen sich medienethische Fragen. Besonders Unterhaltungsprogramme kommerzieller Sender stehen oft in der Kritik („Big Brother“,

„Dschungelcamp“ etc.). RTL2-Programmdirektor Thomas Zwiessler erläuterte die Programmphilosophie seines Senders: „Nah am Menschen“. Doku-Soaps seien ein Programmschwerpunkt. Man wolle ran an die Lebenswirklichkeit des Publikums.



RTL2-Programmdirektor Thomas Zwiessler erläuterte die Programmphilosophie seines Senders.

Aber wie nah darf man ran? Dürfen ethische Grenzen für eine höhere Einschaltquote überschritten werden? Werden bewusst Tabus verletzt, um erfolgreich zu sein? Zwiessler kennt die Diskussion und die Schuldvermutung beim Privatfernsehen. Er sagt: „Es ist die Ausnahme.“ Ob allerdings



Schwer- und extrem Übergewichtige so vorgeführt werden dürfen, wie in der Serie „Extrem schwer“, darüber gibt es nicht nur an Zwiesslers Frühstückstisch unterschiedliche Auffassungen. Ist das nun Hilfe zur Selbsthilfe oder wird Voyeurismus bedient? Und was ist mit dem Leben danach? Zumindest gibt es im Sender ein Budget für die weitere Betreuung nach der Ausstrahlung.

Grenzen im Internet

Das Internet wird oft als rechtsfreier Raum bezeichnet. Das ist es nicht, denn zunächst gilt für jeden Anbieter das Landesrecht. Dennoch ist das Internet in vielen Fällen ein vollzugsfreier Raum. Damit das nicht so bleibt, setzt sich jugendschutz.net für einen wirkungsvollen Schutz von Kindern und Jugendlichen in der Onlinewelt ein. Holger Herzog leitet dort die Stabsstelle Recht und Internationales und berich-



Medienkontrolleure unter sich: Lutz Tillmanns, Wolfgang Stöckel, Elke Beck-Flachsenberg und Erich Jooß

der androhen, Sperrungen veranlassen, schwarze Listen führen und dafür sorgen, dass Seiten aus den Ergebnislisten der Suchmaschinen gestrichen werden.

und Erich Jooß, Vorsitzender des Medienrats der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien.

Qualitätssicherung und Selbstregulierung

Die medialen Kontrollinstanzen arbeiten für Außenstehende zwar im Hintergrund, können aber sehr wohl Erfolge aufweisen. Sei es, dass Dieter Bohlen seit einigen Jahren in der Castingshow „Deutschland sucht den Superstar“ nicht mehr unkontrolliert „Versager und Loser“ bloßstellen darf, dass manch brutale „Tatort“-Folge erst nach 22 Uhr gesendet werden darf. Es gibt mehr Eingaben und Beschwerden als früher – darüber waren sich die Diskutanten einig. Das bedeute mehr Arbeit für die Gremien, zeige aber auch ein gestiegenes Kritikbewusstsein beim Publikum. Im Jahr 2015 gab es beim Deutschen Presserat bereits über 2200 Beschwerden – allein 430 davon hingen mit dem Germanwings-Absturz zusammen: ein Rekordwert. Die Podiumsteilnehmer waren sich einig: Gemeinsame Kriterien zur Bewertung journalistischer Arbeit sind wünschenswert und ein Erfahrungsaustausch der Kontrolleure ist sinnvoll. In erster Linie gehe es um Qualitätssicherung und um Selbstregulierung des Journalismus und erst danach um öffentliche Sanktionen. ■

Michael Schröder



Zeichnung: Mester

tete von den verschiedenen Grenzüberschreitungen, mit denen die Mitarbeiter täglich konfrontiert werden: Pornografie und sexuelle Ausbeutung aller Art, rechtsextreme oder islamistische Propaganda, Selbstgefährdung in sogenannten Foren zu Suizid oder Mager sucht („thinspiration“). Die Hinweise auf Pornografie seien zurückgegangen, wohl weil sich die Leute daran gewöhnt haben. Was können die Jugendmedienschützer tun? Anzeigen, Bußgel-

Zum Abschluss des 15. Tutzinger Mediendialogs kamen auf dem Podium Vertreter mit mehreren Jahrzehnten Erfahrung auf dem Gebiet der medialen (Selbst-)Kontrolle zusammen: Lutz Tillmanns, Geschäftsführer des Deutschen Presserats; Elke Beck-Flachsenberg, stellvertretende Vorsitzende des BR-Rundfunkrats; der ehemalige Vorsitzende des Bayerischen Journalisten-Verbands Wolfgang Stöckel, Mitglied des Programmbeirats bei ARTE

Innenansichten einer geprüften Nation

Auch wenn sich die aktuelle Berichterstattung aus Athen fast ausschließlich mit den Flüchtlingen befasst, die das Land auf der östlichen Mittelmeerroute erreichen: Griechenland leidet noch immer unter der Wirtschafts- und Finanzkrise, und auch die politischen Verhältnisse können nur schwerlich als stabil bezeichnet werden.

Gründe genug für Landtagspräsidentin Barbara Stamm und Akademiedirektorin Ursula Münch, zwei griechische Experten zum Akademiegespräch ins Maximilianeum einzuladen: den Juristen Evripidis Stylianidis, ehemaliger Bildungs-, Verkehrs- und Innenminister seines Heimatlandes und 2000–2015 Abgeordneter für die konservative Nea Dimokratia, sowie den investigativen Journalisten Tasos Telloglou, der sich mit kritischen Reportagen und Recherchen für verschiedene Zeitungen und Fernsehsender einen Namen gemacht hat.

Klientelismus als Grundübel

Gleich zu Beginn brachte die Akademiedirektorin einige Besonderheiten Griechenlands auf den Punkt: Nach Jahrhunderten der Fremdherrschaft hätten die Griechen ein grundsätzliches Misstrauen gegen den Staat entwickelt – auch gegen den eigenen. Zudem präge das Phänomen des Klientelismus die griechische Politik und Gesellschaft, was durch die lange Dominanz zweier Parteien und die aktive Rolle des Staates in der Wirtschaft begünstigt worden sei.

Stylianidis führte die Situation in Griechenland zunächst auf hausgemachte Ursachen wie die Entwicklung eines riesigen und verschwenderischen öffentlichen Sektors oder die Reformunwilligkeit aller Parteien zurück. Scharfe Kritik übte er zudem an der ökonomischen Elite seines Landes: „Diese Leute haben im Moment der Krise dem Land den Rücken gekehrt. Sie haben den Staat ausgenutzt, aber die Vorteile nicht der

Gesellschaft zurückgegeben.“ Aber auch andere sah er in der Verantwortung: etwa die Europäische Union, die als „Schiff für ruhige Reisen“ konzipiert und deren Strukturen der gegenwärtigen Krise nicht gewachsen seien, oder Deutschland, das sich beständig seiner Führungsverantwortung in Europa entziehe.

Schwacher Staat

Hart ins Gericht mit den strukturellen Voraussetzungen Griechenlands ging Tasos Telloglou. Ein nicht funktionierender Staat mit einer von den Parteien durchdrungenen Verwaltung, eine Wirtschaft, geprägt von vielen Kleinstunternehmen, und nicht zuletzt eine widersprüchliche Gesetzgebung, die den Beamten einen großen Auslegungsspielraum eröffnet, seien bekannte Probleme des Landes. Ein weiteres Defizit sieht er im Mangel an langfristiger Verantwortlichkeit. „Keine griechische Regierung hat die Verantwortung übernommen zu sagen: ‚Das ist unser Programm. Das konnten

sie schlicht nicht, denn es gibt kein institutionelles Gedächtnis in Griechenland“, so Telloglou. „Bei jedem Regierungswechsel geht fast der gesamte Beamtenapparat mit seinem Minister.“

Dass Griechenland aktuell einer Doppelbelastung durch Finanzkrise und Flüchtlingsströme ausgesetzt ist und trotzdem Fortschritte bei der wirtschaftlichen Konsolidierung und bei einigen politischen Reformvorhaben erzielt hat, war in der Diskussion unbestritten. Antworten darauf, was die Griechen darüber hinaus selbst tun könnten oder sollten, um die Herausforderungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in den Griff zu bekommen, blieben die beiden Referenten jedoch weitgehend schuldig. Allen hartnäckigen Nachfragen der Akademiedirektorin und des Publikums zum Trotz verwiesen sie recht nebulös vor allem auf die Notwendigkeit, einen überparteilichen Konsens herzustellen – und suchten daneben nach weiteren Schuldigen für die Krise, die sie in den USA, dem Internationalen Währungsfonds oder der EU auch zahlreich fanden. Einigkeit bestand am Ende zumindest darin, dass ein erfolgreiches Reformprogramm nur in Athen selbst auf den Weg gebracht werden könne. Geduld mit Griechenland scheint somit weiterhin unerlässlich. ■

Miriam Zerbel
Jörg Siegmund



Differenzen über die griechische Krise: der Journalist Tasos Telloglou (links) und der Ex-Minister Evripidis Stylianidis.

Foto: Poss

Grundlagen der Humanität und ihre Bedrohung

Antike Philosophie trifft in Griechenland auf aktuelle Probleme

Am Ort des Geschehens widmete sich eine Studienfahrt den drängenden Problemen des aktuellen Griechenlands und seiner antiken Philosophie: Platons Dialog *Phaidros*, die politische Theologie des Paulus, die stoische Ethik und die aktuelle soziale Situation Griechenlands waren Themen einer Reise nach Epidaurus und Athen, die gemeinsam mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München durchgeführt wurde. Von der ruhigen Seminaratmosphäre in Epidaurus führte die Reise in das quirlige Athen und vermittelte manche neue Einsicht über „alte Gedanken“ und zuletzt beunruhigende Einblicke in die gesellschaftliche Gegenwart Griechenlands und Europas.

An einem überaus lieblichen Ort vor den Toren Athens, an dem auch die Musen zu wohnen scheinen, ging Sokrates mit Phaidros spazieren, den man sich als höchst attraktiven jungen Mann vorzustellen hat. Dort, wo der Ilissos erfrischend plätschert, berichtet Phaidros voller Stolz, was er soeben gelernt hat: eine Rede des angesehenen Rhetors Lysias, die davon handelt, dass man eher dem Nichtliebenden folgen sollte als dem Verliebten. Denn letzterer handle nur nach unmittelbarem Eigeninteresse. Er, der durch sein Verliebtsein ganz von Sinnen ist, bringe den Geliebten in Verruf und ist von Grund auf neidisch gestimmt. Demgegenüber würde der Nichtverliebte durch seine uninteressierte, rational kontrollierte Art viel eher zum Wohlbefinden des Geliebten beitragen. Sokrates bestätigt diese Position zunächst, ist dann aber erschrocken über deren Unsinnigkeit, die wohl an weitverbreitete Vorstellungen über den Menschen und sein Streben anknüpfen kann, aber in eine gänzlich verkehrte Welt führt.

Die Liebe der Wölfe

Zunächst müsse man nämlich bestimmen, was Liebe ist, erst dann kann über den Liebenden richtig gesprochen werden. Phaidros hat die Liebe nur „nach Art der Wölfe“ bestimmt,

die wohl die Schafe lieben, doch nur um sie zu fressen. Auch Bildung und Erziehung wären danach nicht möglich, da sie die Annahme eines anderen um seiner selbst willen voraussetzen. Demgegenüber zeigt schon die Handlung des Dialogs, wie Sokrates dem Phaidros sogar in seinen Irrtümern folgt, um ihn zu sich selbst zu befreien, statt nur den Vorurteilen der Masse zu folgen.

So stellt Sokrates, um diese Grundlage wahrer Menschlichkeit zu verteidigen, eine Liebe dar, die das Wohl des Geliebten selbst im Blick hat, und die darin ebenso „schöpferisch“ wir-

ken kann, wie es der Gott im Mythos tut: Er lässt anderes gut sein. Durch einen gleichsam göttlichen Wahnsinn wird der Liebende von der Eigeninteressiertheit seiner unmittelbaren Natur gelöst und befähigt, sich ganz einem anderen als sich selbst zuzuwenden und dessen Wohlergehen zu befördern. Dafür muss er sich um dessen eigentliches Selbstsein kümmern, das in der Ordnung seiner Seele liegt.

Die Sorge um sich selbst ist der wichtigste Gegenstand aller Sorge, denn die Ordnung der Seele entscheidet darüber, wie wir wahrnehmen, wonach wir streben und was wir dabei empfinden. Kurz: Sie ist das, was wir selbst sind. Erst wenn man weiß, was die Seele ist und wie sie funktioniert, kann man auch eine gute Rede formulieren, denn deren Aufgabe ist die Seelenführung.

Antike Vorbilder

Damit nimmt der *Phaidros* Stellung zu einer im klassischen Griechenland mit großem Einsatz ausgetragenen Streitfrage: Muss man zum Zwecke der eigenen Bildung und des öffentlichen Wohlergehens zunächst die richtige Ordnung der Dinge erkennen und dann auch andere dorthin füh-



Am Erechtheion auf der Akropolis stand der von Athene gestiftete Ölbaum.

ren, oder gibt es eine solche Ordnung gar nicht, sondern nur das jeweilige Eigeninteresse der Akteure, wobei das stärkste beziehungsweise am geschick-



Vom Fluss Ilissos ist heute nicht mehr viel zu sehen.

Foto: wikimedia commons / Badseed

testen vorgetragene Interesse sich durchsetzt? Platons Akademie versuchte Orientierung in einer vorgegebenen Ordnung zu vermitteln, durchaus mit dem Ziel die gesellschaftlich vorgefundenen Verhältnisse im Sinne dieser Ordnung zu gestalten, aber mit dem Bewusstsein, dass sich der Sinn der Theoria (des Schauens) der vorgängig entschiedenen Ordnung nicht in der sogenannten „praktischen Umsetzung“ erschöpft. Sein zeitgenössischer Konkurrent Isokrates hingegen, dessen Ansichten in der Figur des Phaidros präsent sind, begründete eine Schule zur Ausbildung von Rednern, deren Richtigkeit sich im beruflichen Erfolg ihrer Absolventen erweisen sollte. Er setzte – modern gesprochen – auf „employability“. Bei wem manch zeitgenössischer Reformator (wahrscheinlich ohne es zu wissen) in die Schule gegangen ist, dürfte danach klar sein. Es bestätigt den alten Satz, dass die meisten Akademiker gar keine sind.

Sport als kultisches Fest

Platons Dialog beschäftigte das Seminar unter der Leitung von Friedrich Uehlein, Philosophieprofessor aus Freiburg, mehrere Tage lang, hinzu trat der Besuch des antiken Epidaurus, des alten Korinth und natürlich der

antiken Stätten Athens. Dabei ging es um die antike Medizin, die in Epidaurus mit dem Kult des Gottes Asklepios ihr Zentrum hatte und vor allem

als Psychotherapie auftrat. Aber auch als Sport, wie Peter Schmidbauer (München) aufzeigte. Der Sport hieß damals noch nicht so und hatte auch eine ganz andere Funktion als heute, denn er wurde verstanden als Teil eines kultischen Festes, bei dem die Erinnerung an die unverfügbare Wirkweise der Götter im Zentrum stand. Aller-

dings heißt das nicht, dass es nicht auch in der Antike einen regelrechten Kult um die Athleten und die Wettkämpfe herum gab.

In Korinth, von wo aus Paulus seinen Brief an die Römer schrieb, stand das Verhältnis von Religion und Poli-

in Athen am Ort der Volksversammlungen, heute eine grüne Oase in dem weitgehend unkontrolliert gewachsenen Häusermeer Athens, über Stoa, Bildung und Erziehung diskutiert wurde.

Besuch in einer Klinik

Die Studienfahrt endete schließlich da, wo sie begonnen hatte: am Ilissos. Von dem Fluss, an dem Sokrates mit Phaidros diskutierte, ist heute kaum mehr etwas zu sehen, dafür ist Athen schon zu groß geworden. Das war schon vor über 100 Jahren der Fall, sodass man damals im ausgetrockneten Flussbett die erste Athener Klinik bauen konnte. Sie trägt den schönen Namen „Elpis“ (dt. Hoffnung) und wird von Theodoros Giannaros geleitet, der auch viele Jahre in Deutschland studiert und geforscht hatte. Ihn traf die Gruppe zu einem Gespräch über die soziale Lage der Gegenwart.

Opfer Humanität

Was der Klinikdirektor berichtete, ließ das Seminar schon innerhalb von fünf Minuten nach Luft schnappen,



Klinikdirektor Theodoros Giannaros (stehend, rechts hinten im blauen Hemd) im Gespräch über die katastrophale Situation im griechischen Gesundheitswesen.

Fotos: APB-Archiv

tik und die Auswirkung des religiösen Universalismus und Absolutheitsanspruchs zur Diskussion, bevor

was nicht nur an dem kleinen Besprechungszimmer lag, in dem man sich drängte. „Es ist ein Krieg“, so begann



Giannaros seinen Bericht. Den Angreifer könne man dabei kaum lokalisieren, das Opfer aber sehr wohl, nämlich die Humanität. Mittlerweile sind 25 Prozent der griechischen Bevölkerung nicht mehr krankenversichert. Doch auch für Versicherte erhält das Kran-

Zusätzlich bedingt die Krise mittlerweile auch einen Anstieg der Patientenzahlen. Es treten mehr seltene Krankheiten auf, Verletzungen sind häufiger und schlimmer geworden – etwa Verbrennungen, die sich viele an selbstgebauten Öfen zuziehen –

Situation derzeit aussichtslos – Giannaros machte das anhand zahlreicher Beispiele aus dem Steuerrecht, unrentablen Privatisierungen von Staatseigentum und Ressourcenausbeutung durch nicht-griechische Investoren deutlich, doch eine humanitäre Katastrophe droht nicht mehr – sie sei längst greifbar. So gelte es zunächst die unmittelbare Not zu lindern und dann möglichst umfassend über die Realität zu informieren.



Die antike Medizin hatte in Epidauros mit dem Kult des Asklepios ihr Zentrum.

Foto: wikimedia commons / Ronny Siegel

Schrumpf wusste von einem österreichischen Mitglied der Troika zu berichten, der ihn nach mehrjähriger Tätigkeit danach fragte, wie es „draußen“, also außerhalb der Tagungsräume in Hotels und Ministerien, eigentlich aussehe. Leider sei dieses Mitglied der Troika dann ausgeschieden, bevor er die geplante Informationstour mit ihm machen konnte.

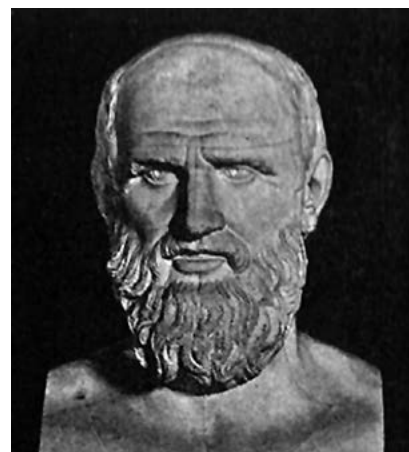
kenhaus nur selten Geld. Dennoch gilt in der Klinik der Grundsatz: „Wir behandeln jeden.“ Das gilt auch für die vielen Flüchtlinge, die in Athen verbleiben und dort – fernab der Routen der Touristen – mittlerweile tausendfach in Parkanlagen campieren. Weil diese Vorgehensweise im staatlichen Gesundheitssystem eigentlich nicht erlaubt ist, wollten in den vergangenen fünf Jahren sämtliche Regierungen, inklusive der von Syriza geführten, das Krankenhaus schließen.

Sparprogramme als Krisenverstärker

Doch selbst die in der Konsequenz der Troika-Forderungen vollzogene Kürzung des Budgets von 20 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 6,5 Millionen Euro in 2014 hat bislang den humanitären Einsatz nicht verhindern können. Die Frage, wie benötigte Medikamente dann erworben werden könnten, beantwortete Giannaros mit dem Hinweis auf die große internationale Solidarität und sagte zudem: „Im Zweifel kaufe ich Medikamente von meinem eigenen Geld.“ Dabei liegt das Monatsgehalt des Klinikdirektors bei etwa 1500 Euro.

und schließlich ist auch die Selbstmordrate signifikant angestiegen. Was Giannaros aus seiner täglichen Hilfsarbeit schilderte, ist schon seit einiger Zeit auch wissenschaftlich aufgearbeitet, etwa in dem Werk „Sparprogramme töten“ der beiden Epidemiologen David Stuckler und Sanjay Basu, die aufgrund umfangreicher Daten belegen können, welche krankheitsfördernde Wirkung undifferenziertes Sparen im Gesundheitswesen hat. In griechischen Krankenhäusern fehlt es mittlerweile an Einweghandschuhen für Operationen, auch die Kindersterblichkeit ist um 40 Prozent gestiegen.

Doch es gibt auch Zeichen der Solidarität über die Grenzen hinweg. Erwin Schrumpf aus Salzburg gründete dafür die „Griechenlandhilfe“. Monatlich bringt er Hilfsgüter nach Griechenland. Dazu zählt selbst der Einkauf von Grundnahrungsmitteln für Behindertenheime. Auch ihn konnte die Gruppe treffen und er berichtete von den Freudentränen, die die Lieferung von Reis und Nudeln in einem Heim in Patras auslöste. So erfreulich das ist, so bitter ist es doch in einem Land innerhalb der Europäischen Union. Zwar sei die politische



Hippokrates von Kos, Mediziner der griechischen Antike

Foto: wikimedia commons

Schon der hippokratische Eid sah im Wesen des Arztberufes das unbedingte Streben nach Menschlichkeit. Auch der Eid war ein Thema des Seminars und wurde von Friedrich Uehlein Wort für Wort ausgelegt. Die abschließende Begegnung mit dem Arzt und dem Leiter der Hilfsorganisation führten ihre Konsequenzen eindrücklich vor Augen. 📖

Michael Spieker

LINKTIPP:

www.griechenlandhilfe.at

Nord versus Süd – West versus Ost?

Alte Konflikte und neue Gräben in der EU

Die Europäische Union von heute ist das Resultat eines anhaltenden, wechselseitigen Prozesses der Erweiterung und Vertiefung – mit der Begleiterscheinung, dass Grenzen und Grenzziehungen einem ständigen Wandel unterzogen sind. Dies gilt für die Außengrenzen der Union. Und dies gilt ganz besonders auch für die Binnengrenzen: Frühere Außengrenzen werden zu Binnengrenzen, Binnengrenzen verlieren immer mehr ihren trennenden Charakter und diffundieren zunehmend.

Unsere Tagung beschäftigte sich mit der Frage: Wie sieht das künftige Europa aus? Der Baseler Historiker Georg Kreis zeichnete die europäische Integrationsgeschichte als den permanenten Fortgang eines Verdichtungsprozesses nach und fragte vor diesem Hintergrund, ob wir heute angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen „an einer großen Wende stehen“.

Einerseits träfe nach wie vor die viel zitierte „Fahrradtheorie“ zu, nach der ein Stopp in diesem Prozess nicht möglich ist: „Europa muss vorwärts fahren oder es wird umfallen. Der europäische Einigungsprozess muss dynamisch bleiben oder er wird scheitern“, so fasste es jüngst auch Alexander Graf Lambsdorff, Vizepräsident des Europaparlaments, zusammen. Andererseits lasse sich eine Europa-verdrossenheit in neuen Ausmaßen beobachten, zumal angesichts kulminierender Herausforderungen – wie der Flüchtlingskrise, der Staatsschulden oder auch der Damoklesschwerter der denkbaren Grexits und Brexits – laut vernehmbare Zweifel am EU-Projekt erwachsen. Die Leitideen und Vorstellungen bezüglich der Finalität der Union driften zunehmend auseinander.

Wechselnde Mehrheiten

„Wie weit darf die Vielfalt in der Gemeinschaft gehen, ohne für die Union gefährlich zu werden?“, fragte

Kreis. Ganz gleich, ob in konkreten Politikfeldern wie etwa in der Währungspolitik oder auch bei der Mentalität hinsichtlich des Befolgens von Regeln zeigten verschiedene Lagerbildungen, dass „die EU eine permanente große Koalition ist, allerdings mit wechselnden Mehrheiten“. Diese sind veränderlich und dynamisch, sodass keine festen, geografisch fassbaren Spaltungsstrukturen entstehen. Da zugleich europaweit eine grundsätzliche Übereinstimmung zum Grundgedanken der Union als solchen bestünde, sei der Zusammenhalt der Union bislang nicht ernsthaft herausgefordert worden.

Hinsichtlich der künftigen Gestalt Europas geht Kreis von einer weiteren geografischen wie politikfeldspe-



Georg Kreis: „Es ist weniger mit einem Rückbau des Europäischen Hauses zu rechnen.“

Fotos: Korn

zifischen Differenzierung aus: Trotz aller gegenwärtigen Krisen sei weniger mit einem Rückbau des Europäischen Hauses zu rechnen als vielmehr mit seinem partiellen Weiterbau, wobei sich die Union nachhaltig von dem Ideal der Einheitlichkeit entfernen werde. Dennoch entspreche die aktuelle Entwicklung durchaus der Logik des bisherigen Integrationsprozesses: Nicht ein wie auch immer gearteter Masterplan ist ausschlaggebend, sondern das situationsbedingte „Durchwursteln“. Nicht von ungefähr meinte bereits Jean Monnet, einer der Gründerväter der Gemeinschaft: „Nationalstaaten geben erst kurz vor dem Untergang nach. So wächst Europa zusammen, von Krise zu Krise.“

Differenzierte Integration

Das Bild Europas als einer Gemengelage unterschiedlicher Koalitionen griff Frank Schimmelfennig von der ETH Zürich auf. Seit Anfang der 1990er-Jahre vollzieht sich eine Abkehr von einer uniformen europäischen Gemeinschaft – zugunsten der differenzierten Integration als dem prägenden Strukturmerkmal der Union: Denn seitdem die EU immer stärker in den Bereich der staatlichen Kernkompetenzen – wie innere Sicherheit, Geld- und Steuerpolitik, Verteidigungspolitik, Migrationspolitik usw. – expandiert, wird die Integration umstrittener. So gelten bereits heute rund 35 Prozent der Vertragsartikel nicht in allen Mitgliedstaaten. Mehr als die Hälfte der Politikbereiche in der EU sind mittlerweile differenziert. Durch die Differenzierung werde die politische Karte der Europäischen Union immer komplexer und heterogener: Es wird faktisch „nicht mehr die eine EU geben, sondern sehr viele verschiedene Europas“. Diese differenzierte Integration sei daher sowohl integrations- als auch autonomieschonend und demokratiefreundlich.



Allerdings sind Differenzierungseffekte nicht automatisch gemeinschaftsfördernd. So zeigte Georg Vobruba, Emeritus an der Universität Leipzig, dass gerade Krisen zu einer Verstärkung und sogar Verstärkung von Abhängigkeits- und asymmetrischen Machtverhältnissen innerhalb der Union führen können und dadurch geopolitische Muster verändern. Infolge der Euro- und der Flüchtlings- bzw. Schengen-Krise seien die langfristigen politischen Tauschverhältnisse zwischen Europas Kern und Peripherie aus dem Gleichgewicht geraten, latente Probleme manifest geworden und angestammte Arrangements zusammengebrochen.

Vobruba's These: „Die Euro-Krise führt zu einer stärkeren Ausrichtung auf das Zentrum der EU, während es infolge der Schengen-Krise zu einer Expansion des Einflussbereichs der EU kommt.“ Die Lasten der peripheren Staaten und ihrer Gesellschaften angesichts der Euro-Krise sind überproportional höher, wohingegen die Lasten des Zentrums mit der zurückgehenden Ansteckungsgefahr sinken. Zugleich erfolgt durch die institutionellen Neuerungen eine Kompetenzverschiebung zugunsten des wohlhabenden Kerns, die ihn nochmals stärkt. Die Schengen-Krise hingegen integriert die Peripherie, zumal hier eine starke Abhängigkeit des Zentrums von ihr bestehe. Denn das Flüchtlingsproblem wird umso größer, je durchlässiger die Außengrenzen der äußeren EU-Staaten sind. Die Option des Ausscheidens einiger Mitgliedsstaaten – in der Euro-Krise durchaus eine realistische Möglichkeit – werde somit durch Notwendigkeiten aus der Schengen-Krise verhindert. Letztendlich führe diese Entwicklung zu einer Zentrierung der EU.

Politische Union und Euro

Auch Timo Wollmershäuser, Volkswirt am Münchner ifo Institut, sieht in den Unterschieden zwischen Zentrum und südlicher Peripherie Faktoren, die das Entstehen der Euro-Krise begünstigt haben. Aus ökonomischer Sicht treffen in Europa näm-

lich verschiedene Stabilitätskulturen aufeinander. Wollmershäuser machte deutlich, dass sich europäische Staaten bereits vor Einführung des Euros immer wieder eine Wechselkursstabilität wünschten, die aufgrund höherer Inflationsraten der südlichen Peripherieländer wie Spanien und Italien allerdings nicht funktionierte. Um diesen Staaten Wettbewerbsfähigkeit zu garantieren, mussten immer wieder Abwertungen von Lira und Peseta vorgenommen werden – eine Korrektur, die auch während des Aufbaus der sogenannten Euroblase zwischen 1999 und 2008 notwendig gewesen wäre, aufgrund der gemeinsamen Währung und des fixierten Wechselkurses allerdings nicht möglich war.



Timo Wollmershäuser: „In Europa treffen verschiedene Stabilitätskulturen aufeinander.“

Denn eine höhere Inflation ist laut Wollmershäuser an sich nicht besorgniserregend. Sie werde erst dann zum Problem, wenn zwei unterschiedliche Stabilitätskulturen eine Währungsunion eingingen. Wollmershäuser zieht deshalb Lehren aus der Euro-Krise: Die institutionellen Rahmenbedingungen der EU sind für eine gemeinsame Geldpolitik unzureichend. Um die Gemeinschaftswährung langfristig stabil zu halten, brauche es einen umfassenderen Ordnungsrahmen – und eine politische Union, zu deren unabdingbaren Kennzeichen eine einheitliche Fiskalpolitik sowie ein gemeinsames Transfersystem gehörten.

Mehr denn je verändere die europäische Integration die soziale Raumstruktur in Europa, so die Analyse von Maurizio Bach von der Universität Passau. Je weiter das Projekt fortschreite, desto mehr Ungleichheitskonflikte entstünden im Rahmen der EU, wobei sich Gewinner- und Verlierer-Strukturen verhärteten. Das Delikate dabei liege in einer sich verschärfenden Diskrepanz zwischen Problemstellung und Problemlösung: Denn einerseits werden die Probleme durch den europäischen Integrationsprozess befördert, andererseits bietet der europäische Raum keine entsprechende Arena, um die Probleme zu artikulieren und zu lösen. Letzteres liege sowohl am europäischen Demokratiedefizit als auch an der Tatsache, dass die EU nicht über die erforderlichen wohlfahrtsstaatlichen Instrumente verfüge.

Europäisches Demokratiedefizit

Um dennoch die Probleme zu entschärfen, bediene sich die Union der Fiskalpolitik im Sinne einer „verdeckten“ Transferpolitik. Für eine langfristige Lösung müsse man sich aber zwischen zwei Alternativen entscheiden: eine Revision der erreichten Integrationstiefe oder umgekehrt der Ausbau der EU zu einer vollständigen Sozialunion. Ersteres missachte die Realitäten der gegenwärtigen Welt- und Wirtschaftsordnung, letzteres setze ein solidaritätsfähiges europäisches Staatsvolk mit einer hinreichenden europäischen kollektiven Identität voraus, um die klaffenden Legitimationslücken zu schließen. Eine Lösung scheint also weit entfernt.

Neuer Ost-West-Konflikt?

Politische, ökonomische und soziale Konfliktlinien lassen sich in der EU allerdings nicht alleine am Verhältnis von Zentrum und Peripherie festmachen. Sie sind vielfältiger und durchziehen die Union je nach Politikfeld veränderlich – mal gilt die Größe der Mitgliedstaaten (klein versus groß) als Strukturierungsmerkmal, mal die

politische Couleur der mitgliedstaatlichen Regierung (sozialdemokratisch versus liberal versus konservativ), mal die geopolitische Lage (Nord versus Süd, West versus Ost). Problematisch für die Handlungsfähigkeit und auch für den Zusammenhalt der Union werden Konfliktlinien, wenn sie sich unabhängig vom Politikfeld verstetigen.

Die gegenwärtige Flüchtlingskrise scheint eine solche Kluft zu befördern, zumal wenn man das Aufleben der Visegrád-Gruppe (V4) – einer losen Kooperation der ostmitteleuropäischen Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn – beobachtet: 1991 gegründet, um mit den Zielen des NATO- und EU-Beitritts die „Rückkehr nach Westen“ zu vollziehen, nach 2004 eher im Dornröschenschlaf begriffen und infolge der kulminierenden Flüchtlingsbewegungen 2015 zum neuen Leben erwacht. Schwerpunktfelder der Kooperation der V4-Gruppe liegen neben der Kulturpolitik vor allem in der Außen- (Unterstützung der neuen Peripherien der EU) und Energiepolitik (Gewährleistung der Energiesicherheit). Aktuell stärkster Kitt ist der Widerstand gegen die „westeuropäische“ Flüchtlingspolitik: So kämpfen die politischen Führungseliten der V4 übereinstimmend gegen die Etablierung eines verbindlichen Verteilungsmechanismus für Flüchtlinge und stilisieren sich als Bewahrer des Abendlandes. Die alte Konfliktlinie zwischen Ost und West scheint sich neu zu manifestieren.

Kontroverse Flüchtlingspolitik

Nach Hendrik Hansen, Prorektor der Andrassy Universität Budapest, liege dem wachsenden Zwiespalt zwischen Westeuropa und den V4-Staaten ein grundsätzlicheres Problem zugrunde. Die Differenzen in der Asyl- und Einwanderungspolitik seien nur das Symptom.

Die eigentliche Wurzel der Konflikte liege vielmehr in den gegensätzlichen europapolitischen Konzeptionen in

West- und Ostmitteleuropa, die das jeweilige politische Denken langfristig prägen – und zwar unabhängig von der parteipolitischen Einfärbung aktu-

tik betriebe, gefährde eben die politische Ordnung. Daher ist die Migrationspolitik für die V4 auch nicht verhandelbar.



Zeichnung: Tomicek

eller Regierungen. Wo in Westeuropa eine liberale Konzeption der gesellschaftlichen Ordnung überwiegt, die im Sinne eines Immanuel Kant vorrangig auf individuelle Freiheiten und die Wettbewerbssituation von vielfältigen Positionen setzt, dominiert in Ostmitteleuropa eher das kollektiv-orientierte und national-konservative Staatsideal: Nicht die Individuen, sondern vielmehr die Gemeinschaft gelten als Grundlage der Gesellschaft und Politik. Insofern basiere – ähnlich wie im Denken von Carl Schmitt – die Demokratie vornehmlich auf dem Prinzip der Homogenität.

Angriff auf Nation und Demokratie

Vor diesem Hintergrund wird die Migration in ihren gegenwärtigen Ausmaßen als fundamentaler Angriff auf die Ideen der Nation und der Demokratie wahrgenommen. Und eine Europäische Union, die eine entsprechende Asyl- und Flüchtlingspoli-

Hansen plädiert deshalb dafür, die Fragen, die die Regierungen in Ostmitteleuropa aufwerfen, ernst zu nehmen, und auf die Bedenken einzugehen: „Politik sollte viel stärker als Dialog verstanden werden, auch wenn die Positionen des anderen befremdlich erscheinen mögen“. Gerade Dialog und vor allem die vielfältige Zusammenarbeit in den unterschiedlichen, manchmal mehr, manchmal weniger kontroversen Politikfeldern im Rahmen der Europäischen Union trägt zum Verständnis und Annäherung auch im Bereich des politischen Denkens bei.

Auch weiterhin wird Europa von verschiedenen Spannungen und Konfliktlinien gekennzeichnet sein, was durchaus auch mit dem europäischen Leitbild „in Vielfalt geeint“ mitklingt. Es gilt nur, Konflikte und Kontroversen nicht zu neuen Gräben werden zu lassen. ■

Andreas Kalina
Miriam Zerbek
Corinna Korn

Erfolgsgeschichte Arbeitnehmermobilität?

Deutsche und (süd-)osteuropäische Perspektiven

Die Freizügigkeit für Arbeitnehmer ist eine der vier Grundfreiheiten des europäischen Integrationsprozesses. Als im Zuge der EU-Osterweiterungen 2004 und 2007 zwölf Staaten der Europäischen Union beitraten, haben jedoch viele EU-Mitglieder – unter ihnen Deutschland – den Zugang zu ihren Arbeitsmärkten zunächst einmal versperrt. Zu groß waren die Bedenken vor „Armutsmigration“, vor negativen Folgen für Arbeitsmarkt und Sozialsysteme. Nachdem diese Beschränkungen gefallen sind, ist es an der Zeit, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen.

Sind die Befürchtungen eingetreten? Welche Herausforderungen entstehen durch Arbeitnehmerfreizügigkeit und welche Potenziale können genutzt werden? Und umgekehrt: Mit welchen ökonomischen, aber auch gesellschaftlichen Herausforderungen geht die Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Herkunftsländer einher? Alles Themen unserer Tagung in Zusammenarbeit mit der Interkulturellen Akademie der Inneren Mission München.

Einkommensgefälle

Auch zehn Jahre nach der EU-Osterweiterung bleiben die nationalen Arbeitsmärkte innerhalb der Union heterogen. Die West-Ost-Dimension ist durch ein anhaltend hohes Einkommensgefälle gekennzeichnet, das sich nur marginal zu nivellieren scheint. Zugleich nehmen Differenzen zwischen Nord und Süd zu: Die Arbeitsmärkte im „nördlichen“ Europa sind durch höhere Flexibilität gekennzeichnet und weisen eine deutlich niedrigere Arbeitslosigkeit auf als diejenigen in Südeuropa. Mehr noch: Strukturell ähneln die Arbeitsmärkte der neuen Mitgliedstaaten in Ostmitteleuropa – mit Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn – stärker denjenigen in Europas Westen als im Süden. Die Arbeitsmärkte in Rumänien und Bulgarien sowie in den Balkanländern tendieren hingegen zu den südeuropäischen Gegebenheiten. Durch diese

unterschiedlichen Arbeitsmarktbedingungen – verbunden mit der Angleichung von Qualifikation, Ausbildung und Anerkennung von Berufsabschlüssen und den dadurch sinkenden Mobilitätskosten – steigen auch nachhaltig die Anreize zur Arbeitsmigration innerhalb der EU.

Wie sieht aber die Wanderungsbereitschaft faktisch aus? Carola Burkert vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigte, dass gerade einmal 3,3 Prozent der europäischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, also etwa 10,3 Millionen Menschen, im Jahr 2013 dauerhaft einem Arbeitsverhältnis außerhalb ihrer Herkunftsländer nachgingen. Dabei können Asymmetrien in Bezug sowohl auf die Herkunfts- wie auch die Zielländer beobachtet werden:

► Zum einen fällt auf, dass von diesen 10,3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in einem anderen europäischen Mitgliedstaat 2,5 Millionen rumänische und bulgarische Staatsangehörige waren. Der Grund hierfür liege vorrangig darin, dass insbesondere junge Bulgaren und Rumänen angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der geringen Entlohnung in den Heimatländern oftmals unter Perspektivlosigkeit leiden und daher ihr Glück in EU-Staaten mit aufnahmefähigeren Arbeitsmärkten suchen.

► Zum anderen konzentriert sich der Zuzug im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit überproportional auf Deutschland und Großbritannien. Neben der besonderen Aufnahmefähigkeit und Anziehungskraft der beiden Arbeitsmärkte liege dies vor allem an Deutsch und Englisch als den meistverbreiteten Zweitsprachen in Europa.

Verglichen mit der Arbeitsmarktmobilität im Rahmen der einzelnen Mitgliedstaaten, aber auch etwa mit derjenigen in den Vereinigten Staaten, bleibt die Wanderungsbereitschaft innerhalb der Europäischen Union gering, was sich vorrangig auf sprachliche Hürden und auf nach wie vor bestehende, wenn auch abnehmende Unterschiede in den (Aus-)Bildungssystemen der einzelnen Mitgliedstaaten zurückführen lasse. Trotz des geringen Niveaus steigt aber die Bereitschaft nachhaltig an, in einem anderen EU-Mitgliedstaat zu arbeiten.



Carola Burkert: „Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa bleibt für Deutschland eine Erfolgsgeschichte.“ Foto: Korn

Obwohl Deutschland seit einigen Jahren einen überproportionalen Anstieg der EU-Zuwanderung verzeichne, könne laut Burkert von einer Überlastung der Sozialsysteme keine Rede sein. Sozialmissbrauch sei kein Mas-

senphänomen, stattdessen profitiere der aufnahmefähige deutsche Arbeitsmarkt von den zusätzlichen Kräften, die vor allem im Gastgewerbe, Verkehr und Baugewerbe tätig sind.

Allerdings müssten hier durchaus regionale Unterschiede berücksichtigt werden: Während in Bayern nur die Zahl der Beschäftigten, nicht jedoch die Arbeitslosigkeit gestiegen sei, gebe es in Städten wie Duisburg und Dortmund eine größer werdende Anzahl an Rumänen und vor allem Bulgaren, die aus dem Arbeitsmarkt herausfallen und zu Leistungsempfängern werden. Solchen vereinzelten Fehlentwicklungen müsse entgegengesteuert werden.

Unter dem Strich aber ist und bleibe „die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Deutschland eine Erfolgsgeschichte“: nicht nur für die Unternehmen, sondern auch in haushaltspolitischer Hinsicht, denn das zusätzliche Steueraufkommen überstiegen bei Weitem die Sozialausgaben. Auch die öffentlichen Haushalte profitierten von der Arbeitnehmermobilität.

Verlust an Potenzial

In den Herkunftsländern dagegen hat die Arbeitsmigration oftmals gravierendere sozioökonomische Folgen. „Während Empfängerländer profitieren, verlieren die Herkunftsländer

an Entwicklungspotenzial“, erklärte Michał Moszyński von der Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń. Vor allem in Polen verstärkte die Abwanderung den ohnehin tiefgreifenden demografischen Wandel. Die Funktionstüchtigkeit des auf Generationenverträgen basierenden Sozialversicherungssystems sei mehr und mehr gefährdet, außerdem komme es zu signifikanten Steuerausfällen. Und auch soziale Konsequenzen dürfen nicht außer Acht gelassen werden: Von ihren Eltern zurückgelassene Kinder werden zu „Migrationswaisen“.

Migration ist Alltag

Mit ähnlichen Problemen haben auch Rumänien und Bulgarien zu kämpfen. Vesela Kovacheva vom Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) beschrieb den starken Bevölkerungsrückgang der beiden Länder, der zu einem Arbeitskräftemangel insbesondere in der Hotel- und Baubranche und im Gesundheitssektor führe und regionale Ungleichgewichte verstärke. Doch sie machte auch auf positive Effekte der Migration aufmerksam. Rücküberweisungen in Milliardenhöhe kurbeln den Konsum an, was einerseits der Armut entgegenwirke und andererseits Wachstumsimpulse für die Wirtschaft gebe. Außerdem bestehe die Möglichkeit, einen Wissenstransfer in Gang zu setzen: „Lang-

fristig ist es wichtig, dass die Leute zurückkehren, Brücken zwischen den Ländern bauen und investieren“, sagte Kovacheva.

Ist die Arbeitnehmerfreizügigkeit im Rahmen der EU nun ein Erfolgsmodell – oder überwiegen negative Folgen? Den Experten und Diskutanten war es wichtig, das Phänomen nicht nur aus einer Makro-, sondern auch aus einer Mikroperspektive zu betrachten.

➤ Auf individueller Ebene überwiegen die Vorteile der Freiheit und Flexibilität: Jeder dürfe frei entscheiden, wo und wie er sich beruflich verwirklichen möchte.

➤ In volkswirtschaftlicher Hinsicht bringe die Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Zuwanderungsländer mit aufnahmefähigen Arbeitsmärkten insgesamt positive Effekte. Das wirtschaftliche Entwicklungspotenzial der Herkunftsländer – insbesondere im Südosten Europas – werde allerdings durch die Abwanderung in ihren gegenwärtigen Dimensionen mittelfristig stark beeinträchtigt.

➤ Auf gesellschaftlicher und sozialpolitischer Ebene entstehen durch Ab-, aber auch durch Zuwanderung Herausforderungen – sowohl in den Ziel- als auch in den Herkunftsländern. In Ersteren geht es darum, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch jenseits des Arbeitsmarktes in die politische und gesellschaftliche Ordnung zu integrieren. In Letzteren müsse es Ziel sein, durch Bildung und Investitionen Anreize zu schaffen, Emigranten zurückzugewinnen.

In Deutschland wollen die Experten aus Wirtschaft und Verbänden weiterhin eng Hand in Hand arbeiten, um verstärkt EU-Zuwanderer für den Arbeitsmarkt zu gewinnen, aber auch ihre Integration in die Gesellschaft so einfach wie möglich zu gestalten. Solch eine „Willkommenskultur“ sei wichtig – denn Migration ist längst ein fester Bestandteil des alltäglichen Lebens in Deutschland und Europa geworden. 🏠

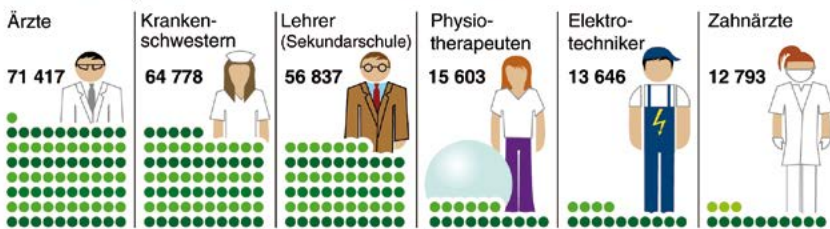
Corinna Korn
Andreas Kalina

Braindrain innerhalb Europas

Rund 376 000 hoch qualifizierte Arbeitskräfte verließen zwischen 2003 und 2014 ihr Land, um in Europa einen Arbeitsplatz zu finden. Dieser Abfluss von Wissen, Talent und Know-how wird als Braindrain bezeichnet.

Die mobilsten Berufe

Anzahl der ausgewanderten Arbeitskräfte* in diesen Berufen



Die meisten* kamen aus

Deutschland	12,5 %
Polen	10,9
Rumänien	7,9

Die meisten* gingen nach

Großbritannien	23,1 %
Norwegen	11,0
Deutschland	9,8

*Alle jeweils ausgewanderten Fachkräfte im Zeitraum von 2003 bis 2014 Quelle: Europäische Kommission © Globus 10094

Kontroverse Pränataldiagnostik

2. Tutzinger Diskurs über Chancen, Risiken und Folgen moderner Medizin

Der medizinische Fortschritt schafft Tatsachen und stellt die Gesellschaft immer wieder vor neue Grundsatzfragen. In letzter Zeit haben vor allem sogenannte molekulargenetische „nichtinvasive Pränataltests“ (NIPTs) für Aufmerksamkeit gesorgt, mit deren Hilfe direkt das Blut der Mutter auf eine Krankheit oder Behinderung des Kindes getestet werden kann.

Besorgten Eltern kann die Pränataldiagnostik (PND) häufig Gewissheit geben, beispielsweise für altersabhängige Chromosomenstörungen wie Trisomie 21, 18 oder 13. Zudem kann die frühere Analyse des Mutterbluts zwischen der neunten und zwölften Schwangerschaftswoche die riskantere Fruchtwasseruntersuchung in der 16. Woche ersetzen. Ist es falsch, wenn Eltern kein Kind mit „Down-Syndrom“ bekommen wollen? Aber verändert der immer normaler werdende Einsatz der NIPTs nicht auch die Einstellung zu Schwangerschaft, Leben und Leben mit Behinderung? Welche Interessen stecken hinter der Forschung? Soll der Test allen zugänglich gemacht werden? Wie steht es mit der Zusammenarbeit von medizinischer und psychosozialer Beratung?

Das sind nur einige der Fragen, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des zweiten Tutzinger Diskurses seit dem Frühsommer letzten Jahres beschäftigten. Dazu trafen sich die 14 Vertreterinnen und Vertreter aus Medizin, Sozialwissenschaften, der Sozialen Arbeit und Schwangerschaftsberatung, Heilpädagogik und Pflegewissenschaft, Rechtswissenschaft, Philosophie und Journalismus zu vier intensiven Workshops in Tutzing. Der vom Bundesforschungsministerium geförderte Tutzinger Diskurs wurde von Michael Spieker konzipiert und findet schon zum zweiten Mal an der Akademie statt. Wie auch beim ersten Diskurs, wo es um die Frage „Was ist gute Wissenschaft?“ ging, kann und muss die Gruppe den Verlauf und die Schwerpunkte des Projekts selbst bestimmen, wobei sie

eigenständig die Diskussion organisiert und moderiert und nach Bedarf weitere selbst ausgesuchte Experten einladen kann. Entscheidend ist zudem, dass Verlauf und Ergebnis des Diskurses auch für die Öffentlichkeit transparent gemacht werden. So steht nicht nur am Ende eine gemeinschaftlich verfasste Stellungnahme, die dann



Die frühere Bundesministerin Andrea Fischer ist Schirmherrin des 2. Tutzinger Diskurses.

Foto: privat

öffentlich zugänglich ist, sondern auch schon während des Diskurses wird in einer gemeinsamen Veranstaltung das Thema in die Öffentlichkeit getragen. Der zweite Tutzinger Diskurs steht unter der Schirmherrschaft der früheren Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer. Für die Leitung holte sich Michael Spieker Unterstützung in Person von Ludwig Krüger, der gleichzeitig auch Teil der Diskursgruppe war. Begleitet wurde das Projekt von einem politischen und wissenschaftlichen Beirat.

Im Juli 2015 traf sich die Arbeitsgruppe zu ihrem ersten Workshop. Dabei ging es vor allem um drei Dinge: Sich kennenzulernen, eine angenehme Arbeitsatmosphäre zu entwickeln und sich auf einen ersten Arbeitsplan zu verständigen. So unterschiedlich wie die Tätigkeitsfelder der



Diskursteilnehmer, das Organisationsteam, die Referenten und Podiumsteilnehmer sowie Irmgard Badura, die bayerische Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung (rechts)

Personen waren auch die Auffassungen davon, wie die komplexen Zusammenhänge am besten anzugehen seien und wie eine geplante gemeinsame Stellungnahme am Ende des Projekts aussehen könnte. Während die einen vorschlugen, das Feld von der medizinischen und der Beratungspraxis und den damit verbundenen konkreten Problemen aufzurollen, sprachen sich andere dafür aus, die Frauen und Paare und deren individuelle Entscheidungsautonomie in den Mittelpunkt zu stellen. Mit einer systematischen Analyse der zugrunde liegenden sozialen Bedingungen zu beginnen, unter denen Pränataldiagnostik angeboten und nachgefragt und sich gegebenenfalls für einen Schwangerschaftsabbruch entschieden wird, war ein weiterer Vorschlag; ein anderer, mit der Schutzwürdigkeit menschlichen Lebens anzufangen und von da aus die Frage zu stellen, unter welchen Voraus- und mit welchen Zwecksetzungen PND ethisch erlaubt und ob eine prognostizierte Behinderung ein legitimer Grund für einen Schwangerschaftsabbruch sein kann.

ger war die Möglichkeit, während und zwischen den Workshops in immer neu zusammengesetzten Gruppen bestimmte Facetten des Themas bearbeiten und daraufhin mit der gesamten Gruppe besprechen zu können. An Gesprächsstoff fehlte es nie, wohl aber an der Zeit. Und doch schaffte es die Gruppe, eine Tagung in München zu organisieren, sich über das Format des Ergebnisses zu verständigen und die Abschlussveranstaltung zu planen.

schule Magdeburg-Stendal zur Diskussion über PND in der Behindertenbewegung. Moderiert von der Diskursteilnehmerin Jeanne Turczynski aus der BR-Wissenschafts-Redaktion, konnten die beiden Vortragenden sich in der anschließenden Podiumsdiskussion direkt austauschen, welche durch Irmgard Nippert von der Forschungsstelle für Frauengesundheitsforschung an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und dem Münchner



Kontroverse Debatte über Pränataldiagnostik: Gabriele Gillessen-Kaesbach, Michael Zander, Jeanne Turczynski, Irmgard Nippert und Oswald Utz (von links)

Viele Themen – wenig Zeit

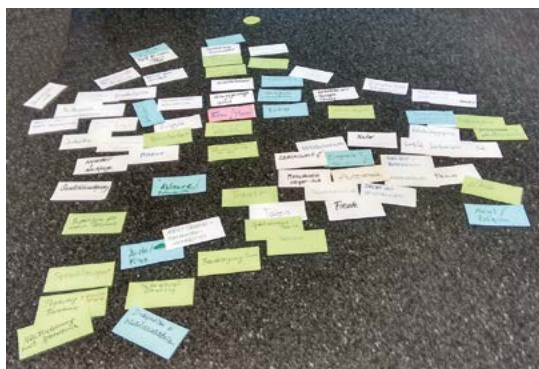
Während der weiteren drei Workshops im September, November und Januar 2016 konkretisierten sich die Fragen und viele neue Aspekte kamen hinzu. Nur eindeutige Antworten und klare Lösungen wollten sich bis zum Schluss nicht einstellen. Doch darum konnte es bei diesem komplexen Thema ohnehin nicht gehen – wichti-

Mit der Tagung „Kontroverse Pränataldiagnostik. Chancen, Risiken und Folgen“ im November 2015 im Eine-WeltHaus in München rückte die Diskursgruppe das Thema in den öffentlichen Fokus. Die gemeinsam mit dem Beiratsmitglied Irmgard Badura, der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, ausgerichtete Veranstaltung gab zudem Gelegenheit, weitere Anregungen durch die geladenen Expertinnen und Experten einzuholen.

Behindertenbeauftragten Oswald Utz komplettiert wurde. Die Tagung fand ihr Echo nicht nur in den sehr positiven Rückmeldungen der Teilnehmenden und Zuhörenden, sondern auch in einem Beitrag im Deutschlandfunk, der knapp einen Monat später ausgestrahlt wurde.

Auf den vierten und letzten Workshop im Januar 2016 folgt nun ein weiterer Termin: die öffentliche Abschlussveranstaltung am 3. März in der Akademie, auf der die Gruppe über ihr Projekt berichtet, mehrere Thesen als Ergebnis vorstellt und der interessierten Öffentlichkeit Rede und Antwort steht. Wir würden uns freuen, wenn Sie dabei wären. 📖

Ludwig Krüger



In das anfängliche Durcheinander der Themen wurde nach und nach Ordnung gebracht.

Fotos: APB-Archiv

Zunächst informierte Gabriele Gillessen-Kaesbach, Direktorin des Instituts für Humanogenetik am Uniklinikum Schleswig-Holstein in Lübeck, über den aktuellen Forschungsstand in der PND. Anschließend folgten die mehr als 50 Teilnehmer den Ausführungen von Michael Zander von der Hoch-

Weitere Informationen finden Sie auf <http://tutzing-diskurs.de/>

„Faule Säcke“ oder Leistungsträger der Nation?

Kontroverses über Lehrer, Bildung und Gesellschaft

Die unterschiedlichen, oft widersprüchlichen Erwartungen an Lehrerinnen und Lehrer und die gängigen Vorurteile, mit denen die Deutschen diesen Berufsstand betrachten, sind sattsam bekannt. Um diesen Klischees Fakten entgegenzusetzen, das Machbare vom Wünschenswerten zu unterscheiden und erprobte Erfolgsmodelle aus dem schulischen Alltag vorzustellen, hatten die Akademie und das Münchener Zentrum für Lehrerbildung (MZL) Erziehungswissenschaftler und Schulpraktiker, Bildungspolitiker und Verbandsvertreter unter dem provokanten Tagungstitel „Faule Säcke“ oder Leistungsträger der Nation?“ nach Tutzing geladen.

Bernd Zymek von der Universität Münster verwies auf die kulturelle und nationale Pfadabhängigkeit von Bildungssystemen, was allen Reformvorhaben enge Grenzen setze und Veränderungen nur in kleinen Schritten ermögliche. Für Deutschland konstatierte Zymek insofern einen erstaunlichen Wandel und sprach gar von „einem historischen Experiment“, dessen Zeugen wir gegenwärtig würden. Denn während stets die Lehrerausbildung und nicht etwa Unterrichtsinhalte das zentrale Steuerungsinstrument der Bildungspolitik gewesen sei, stehe seit dem PISA-Schock die Output-Steuerung durch nationale Bildungsstandards und eine Qualitätskontrolle mit zahlreichen Evaluationsmechanismen im Vordergrund. Mit Blick auf die Lehrerbildung plädierte er für eine größere Differenzierung, um den unterschiedlichen Anforderungen im Berufsalltag gerecht zu werden.

Interkulturelle Herausforderungen

Den Charakteristika und Rahmenbedingungen des Lehrerberufs ging Colin Cramer (Universität Tübingen) nach. Er konnte ein äußerst facettenreiches Bild zeichnen, das neben bekannten Tatsachen – Überrepräsentation der Frauen, Überalterung

der Kollegien usw. – auch viele überraschende Befunde etwa zur innerfamiliären Vererbung des Lehrerberufs bereithielt und die Spannweite der Arbeitsbedingungen offenbarte. So sind in Baden-Württemberg 91 Prozent der Lehrer verbeamtet, in Mecklenburg-Vorpommern hingegen nur 3 Prozent. Nachdenklich stimmt der Umstand, dass lediglich 6 Prozent der Lehrkräfte über einen Migrationshintergrund verfügen, obwohl die interkulturellen Herausforderungen an den Schulen deutlich zunehmen. Unter den Anforderungen an erfolgreiche Lehrer nimmt laut Cramer vor allem die Selbstwirksamkeit einen heraus-

gehobenen Platz ein. Die subjektive Gewissheit, die anstehenden Aufgaben bewältigen zu können, sei für den Lehrerberuf entscheidend und müsse konsequent in Aus- und Fortbildungen aufgebaut werden.

Hans-Ulrich Grunder von der Universität Basel nahm die gängigen (Fremd-)Bilder von Lehrkräften anhand von literarischen Texten, Bildern, Filmen und Musikstücken in den Blick. Diese Konstrukte nutzte er, um daraus wichtige Impulse für die Professionalisierung pädagogischen Handelns in Schule und Unterricht und somit einige Eigenschaften von „guten Lehrern“ abzuleiten. Diese seien „reflexive Praktiker“, denen die unbeabsichtigten Nebenwirkungen, die Nichtplanbarkeit pädagogischen Handelns und die Transformationskanäle zwischen explizitem und implizitem Wissen bewusst sind und deren professioneller Habitus sich vor allem in ihrer Kommunikationskompetenz zeige. Um dies zu erreichen, sei die Verzahnung von Theorie und Praxis in der Lehrerausbildung und die Einbeziehung des gesamten Kollegiums in das pädagogische Handeln unerlässlich.



Zeichnung: Woessner / toonpool.com

Sowohl Ewald Kiel (Universität München) als auch Klaus Zierer (Universität Augsburg) bezogen einen jeweils recht pointierten Standpunkt zur Frage, was Lehrer leisten müssen. Kiel wählte den gesellschaftlichen Wandel als Ausgangspunkt seiner Überlegungen, als dessen Kennzeichen er unter anderem die zunehmende Fragmentierung der Gesellschaft, nomadische Beziehungen und den Verlust an Eindeutigkeit identifizierte. So produzierten beispielsweise unterschiedliche familiäre Ausgangslagen – also etwa Überbehütung oder Vernachlässigung, Angst vor Statusverlust oder

Ausbildung auf Wissen und Können ungenügend, stattdessen müssten die Haltungen und Werte der Lehrkräfte entwickelt werden.

Reformbedarf und Werteorientierung

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion, die vom Direktor des MZL, Joachim Kahlert, moderiert wurde, forderte Heinz-Peter Meidinger, Vorsitzender des Deutschen Philologenverbands, die Politik auf, die Schulen mit weiteren Reformen zu verschonen

Kontrovers diskutiert wurde ebenfalls die wissenschaftliche Begleitung von Bildungsreformen. Ewald Kiel plädierte dafür, Reformen öfter in kleinen Kontexten unter wissenschaftlicher Begleitung auszuprobieren. Er kritisierte im Zusammenhang mit der Forschung zur Inklusion, dass die wissenschaftlichen Untersuchungen nichts herausfinden dürften, was politisch nicht opportun sei, wogegen sich Eisenreich heftig verwahrte. Zierer wies darauf hin, dass es bei Reformen grundsätzlich zwei Zugänge gäbe: zum einen normative Gründe, zum anderen empirische Belege. Eisenreich betonte daran anknüpfend, dass Bildungspolitik Werteorientiert sei, sich also nicht nur an empirischen Erkenntnissen ausrichte, sondern auch an Überzeugungen. Die Inklusion sei dafür ein gutes Beispiel, denn sie sei in einer toleranten, menschlichen Gesellschaft jenseits aller Bildungserfolge schlichtweg geboten.



Kontroversen zwischen Politik und Wissenschaft: Klaus Zierer, Georg Eisenreich, Joachim Kahlert und Ewald Kiel (von links)

Foto: APB-Archiv

Streben nach sozialem Aufstieg – widersprüchliche Anforderungen an die Lehrer. Diese müssten, so sein Fazit, neben der unerlässlichen Fachkompetenz vor allem über die bereits erwähnte Selbstwirksamkeit sowie die Fähigkeit, Unsicherheit als Chance zu begreifen, verfügen.

Fragmentierung der Gesellschaft

Auch Zierer rückte die Person des Lehrers in den Mittelpunkt seines Vortrags, weil Strukturen, Methoden und Medien für sich genommen keine Wirkung auf den Lernerfolg hätten. „Der Ort der Bildung ist die Interaktion zwischen Schülern und Lehrern.“ Demzufolge sei die Reduzierung der

und den übersteigerten Ansprüchen an die Schule als „Reparaturbetrieb der Gesellschaft“ nicht nachzugeben. Demgegenüber mahnte Klaus Zierer dringend Reformen an – die Frage sei aber, welche Reformen erfolgreich sein könnten. Allzu oft werde Neues pauschal abgewehrt, sodass die Lehrer stärker mitgenommen werden müssten. Auch der Staatssekretär im bayerischen Kultusministerium, Georg Eisenreich, betonte, dass die Schule gesellschaftliche Veränderungen wie die zunehmende Heterogenität der Schülerschaft oder den wachsenden Bedarf an Ganztagsbetreuung nicht ignorieren könne. Die Schwierigkeit der Bildungspolitik liege auch in der emotionalen Betroffenheit jedes Einzelnen, was zu einer Ideologisierung der Debatten führe.

Das sieht Jan-Hendrick Olbertz anders. Der Präsident der Berliner Humboldt-Universität und ehemalige Kultusminister Sachsen-Anhalts lehnt die Integration behinderter Kinder in Regelschulen ab, da sie enorme Ressourcen binde und die Leistungsfähigkeit des Schulsystems insgesamt schwäche. Ebenso kritisch sieht er den „Run auf die Gymnasien“. Seiner Meinung nach sei „eine Schule für alle“ nicht gerecht, da nur unterschiedliche Schulformen jedem jungen Menschen das bieten können, was er brauche.

Starke Kinder – starke Gesellschaft

Der Begriff „Bildung“ sei unscharf und müsse von „Erziehung“ und „Wissen“ unterschieden werden: „Wissen ist der Rohstoff, der in Bildung veredelt werden kann“. Bildung sei die elementare Ressource für die Gesellschaft, aber auch eine entscheidende individuelle Ressource, die zu Teilhabe, Glück und Integration befähige, also bessere Lebenschancen ermögliche. Angesichts der zunehmenden Verunsicherung vieler Menschen rücke heute die Frage nach einem verbindlichen





Jan-Hendrick Olbertz: „Inklusion schwächt die Leistungsfähigkeit des Schulsystems insgesamt.“
Foto: Baertels / wikimedia commons

Kanon, der ein breites Grundwissen umfasse, wieder in den Vordergrund. Olbertz kritisierte in diesem Kontext eine „Fiktion der Vollständigkeit“, wodurch Wichtiges wie elementare Kulturtechniken nicht von Unwichtigem unterschieden werden könne. Er konstatierte zudem, dass die heutigen Bildungsdebatten wie vor Jahrzehnten von Feindseligkeit und Verbitterung geprägt seien. Oft würden die Neurosen der Erwachsenenwelt auf die Schulen projiziert oder überzogene gesellschaftliche Erwartungen in die Schulen transportiert.

Olbertz plädierte eindringlich für eine Fokussierung auf die Kernaufgaben der Schule: ein überschaubarer Lehrplan, eine freundschaftliche Atmosphäre, in der Lernen eine positive Grunderfahrung ist, das Aufzeigen von Grenzen, das Einüben des Umgangs mit Erfolg und Misserfolg, das Fördern der Stärken der Kinder und Jugendlichen. Kernaufgabe der Schule sei es, Kinder stark zu machen. Dann müssten die Erwachsenen darauf vertrauen, dass diese starken Kinder die Gesellschaft von morgen positiv bereichern werden. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Cordula Heckmann, die Leiterin der Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli in Berlin-Neukölln, berich-

tete von ihren beeindruckenden Erfahrungen bei der Umgestaltung der einstigen Brennpunktschule in eine auch für bildungsaffine Eltern attraktive Bildungseinrichtung. „Wir denken nicht in Zuständigkeiten, wir denken in Verantwortung“. Mit diesen Worten beschrieb sie die gelingende Zusammenarbeit zwischen Schulleitung und Lehrerkollegium, Politik und Verwaltung, Stiftungen und Nachbarschaft, Psychologen und Jugendamt – und nicht zuletzt den Eltern.

Vom Brennpunkt zur Kooperation

Wichtig sei die institutionalisierte, verlässliche und sichtbare Kooperation aller Verantwortlichen. Mittlerweile ist der Campus fester Bestandteil des Quartiers, es fänden Lesungen, Theateraufführungen oder Veranstaltungen der lokalen Wirtschaft statt. „Der Sozialraum erzieht mit“, so Heckmann. Angesichts einer Schülerschaft, die zu 82 Prozent aus Kindern mit Migrationshintergrund besteht

gespräche oder das „Elternfrühstück“ einbezogen und als Erziehungspartner gestärkt.

Finnische Besonderheiten

Matti Meri, ehemaliger Grundschullehrer, Professor für Didaktik und Leiter des Institutes für Lehrerbildung an der Universität Helsinki, erläuterte Besonderheiten des finnischen Schulsystems. So wird zum Beispiel ab der Vorschule für jedes Kind in Zusammenarbeit mit den Eltern ein individueller „Lernplan“ erstellt, der die Stärken, Lernziele, Maßnahmen der Fortschrittskontrolle und gegebenenfalls auch Förderinstrumente enthält. Dies sei aber nur möglich, weil auch die einzelne Schule einen großen Spielraum bei der Umsetzung zentraler Lehrplanvorgaben und der Unterrichtsgestaltung habe. Noch unglaublicher klangen die Ausführungen zur Lehrerbildung. Das Ziel der Ausbildung sei der „reflektierende Didaktiker“, der über Theoriewissen, Berufswissen und Handlungskompetenz verfüge. Es gäbe jedes Jahr rund 8.000

„Der Lehrer hat die Aufgabe, eine Wandergruppe mit Spitzensportlern und Behinderten bei Nebel durch unwegsames Gelände in nordsüdlicher Richtung zu führen, und zwar so, dass alle bei bester Laune und möglichst gleichzeitig an drei verschiedenen Zielorten ankommen.“

Wolf Müller-Limmroth

und ganz überwiegend einem sozial schwachen Milieu angehört, sei es besonders wichtig, auf vorhandenen Stärken aufzubauen und Potenziale – nicht Probleme – in den Blick zu nehmen. So werde zum Beispiel die nicht-deutsche Muttersprache in freiwilligen Zusatzkursen gefördert und in der Oberstufe als zweite Fremdsprache anerkannt. Auch die Eltern würden durch halbjährliche Lernfortschritts-

Bewerber für 800 Studienplätze, die sich einem anspruchsvollen, mehrstufigen Auswahlverfahren stellen müssen. Kerninhalt des Studiums zum „Klassenlehrer“ sei die Analyse der Unterrichtspraxis. Fachinhalte müssten sich die Studierenden hingegen entsprechend ihrem Bedarf durch zusätzliche Seminare aneignen. ■

Barbara Weishaupt
Jörg Siegmund

Globales Regieren 2.0

Metamorphose in der internationalen Politik

Mit Blick auf die Welt beginnt das neue Jahr – scheinbar – ebenso chaotisch, wie das alte endete. Und wie zu jedem Jahresbeginn greift die Münchner Sicherheitskonferenz die aktuellen Weltgeschehnisse auf und sucht nach Lösungen zur Beilegung gemeinsamer Probleme. Die Schwerpunktthemen in diesem Jahr gleichen jenen von 2015: Russland und die Auswirkungen der Ukraine Krise, der internationale Terrorismus, neuartige Formen hybrider Kriegsführung, der Klimawandel und die aktuelle Flüchtlingskrise.

Die Medien berichten über eine Welt im Umbruch, über eine Welt außer Rand und Band. Über eine Welt, die aus den Fugen geraten ist. Das klingt dramatisch. Gänzlich anders ist das im

Der analytische Zugang zu den Fragen: „Wie kann globales Regieren aussehen?“ und „Von wem kann es ausgehen?“ wird vordergründig aus einem demokratischen Verständnis heraus



Luftangriff auf eine Stellung des „Islamischen Staats“ in Kobane im November 2014
Foto: wikimedia commons

Bauwesen. Hier ist eine Fuge ein Anker der Stabilität. Sie ist gewollt, ein „toleranzbedingter Spalt“ zwischen zwei Bauteilen. Und sie kann, je nach Lage, neben „ihrem bautechnischen Zweck auch der Gestaltung dienen.“ Könnten wir also unterschiedliche Kulturen oder Historien von Staaten und Regionen auch als toleranzbedingten Spalt begreifen, als einen Zweck, der der Gestaltung dienen kann – so wie eine Fuge in der Mauer?

vorgenommen. Auf die gegenwärtige Weltpolitik blickend ist es daher mehr als verständlich, dass die Suche nach den Antworten auf diese Fragen zur konzeptionellen Herausforderung wird. Global Governance ist ein Kernthema der Politikwissenschaft und sie steht vor der Aufgabe, ein sich im Wandel befindliches internationales System zu erklären. In diesem gehen die Mechanismen des Weltregierens heute über das Modell

machtgestützter Interaktion souveräner Staaten hinaus. Vielmehr erfordern die globalen Veränderungen ein neuartiges Verständnis über die ihr zugrunde liegenden Ursachen. Auch im Rahmen der Tagungen der Akademie aus dem Bereich der Internationalen Politik werfen unsere namhaften Referentinnen und Referenten die Frage nach neuen Formen, einer neuen Art des Weltregierens immer wieder auf.

Stärkung regionaler Akteure

Kontrovers und differenziert gestaltet sich dabei die Debatte um die Aufgaben der Weltpolitik im Nahen und Mittleren Osten. Sie reicht von der Forderung nach einer starken Rolle und einer „klugen Einmischung des Westens“ (so Udo Steinbach bei der Tutzingen Sommerakademie „Inter-



Udo Steinbach fordert eine „kluge Einmischung des Westens“ im Nahen und Mittleren Osten.

nationale Politik 2015“) hin zu einer nachhaltigen Stärkung vor allem der regionalen Akteure wie beispielsweise der Arabischen Liga, der Türkei oder des Irans zur Beilegung etwa des Syrienkrieges. In diesem Zusammenhang

mitgedacht werden müssen die Rolle Israels und die möglichen Strategien für eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Israel selbst sieht sich insbesondere nach der Arabischen Revolution, beginnend im Dezember 2010, massiven Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt. Diese Wahrnehmung wirkt sich zweifelsohne auf die Geschehnisse in der gesamten Region aus. Aus diesem Grund steht die Weltpolitik vor der Aufgabe, die Gegensätzlichkeit der Lösungsoptionen zu vereinen, also einen Weg zwischen einer Zwei-Staaten-Lösung und einer Ein-Staatenrealität zu ebnen.

Von wem kann globales Regieren künftig ausgehen? Inwieweit etwa bindet man die Russische Föderation und Präsident Putin ein? Auch diese Frage bestimmt die politikwissenschaftliche Debatte seit Beginn der Ukraine Krise 2014. Für den weltpolitischen Umgang mit dieser Krise gilt es zunächst zu verstehen, inwiefern die Krimkrise ein Produkt eines neuartigen „Putinismus“ (Margareta Mommsen) ist,



Margareta Mommsen: Krimkrise ein Produkt eines neuartigen „Putinismus“
Fotos: APB-Archiv

der das internationale System in einen „neuen“ Kalten Krieg „mit anderen Inhalten“ geführt hat. Weltpolitische Interaktion, die noch immer machtgestützt ist, bezieht sich hier auf konventionelle und traditionelle Werte einerseits und auf eine „geopolitische Integrationskonkurrenz“ andererseits.

Ebenfalls in engem Zusammenhang mit der völkerrechtlich umstrittenen Annexion der Krim, aber auch mit der Bearbeitung des Phänomens des islamistischen Terrorismus werden neue



Kämpfer der Freien Syrischen Armee (FSA)

Foto: wikimedia commons / Scott Bobb

Formen der Kriegsführung diskutiert. (Im März 2016 findet hierzu eine Tagung „Panzerschlachten und Drohenschläge: Von der konventionellen zur neuen Kriegsführung?“ an der Akademie statt.) Neue Kriege zeichnen sich heute durch ihre „politische Qualität“ (Jodok Troy) aus. Sie werden nicht mehr durch Erklärung zwischen souveränen Staaten begonnen, vielmehr schwindet die Grenze zwischen Krieg und Frieden (Margarete Klein).

Multilaterales Handeln

Dabei ist die Anwendung militärischer oder nicht-militärischer Mittel keineswegs ein neues Phänomen. Neu ist die koordinierte und gleichzeitige Anwendung hybrider Elemente, die durch diese Verknüpfung ihre Schlagkraft entfalten. Die internationale Staatengemeinschaft hat erkannt, dass der Umgang mit diesen hybriden Formen der gewaltsamen Konfliktausprägung ein gemeinsames Handeln erforderlich macht. Dies erklärt unter anderem die hohe Erwartungshaltung der Obama-Administration gegenüber den europäischen Partnern und den Wandel hin zu einem multilateralen Außenpolitik-Konzept (Tagung „A Transformational Presidency? Die Ära Barack Obama“, Dezember 2015).

Zusammenfassend betrachtet weisen die Triebkräfte des globalen Transformationsprozesses eigentümliche Strukturen auf: Die Kräfte der Globalisierung und die Konsequenzen

des Endes des Kalten Krieges wirken zusammen, korrelieren und nehmen damit Einfluss auf die Art globalen Regierens. Kann es Global Governance, also ein verbindliches, kollektives Handeln zur Lösung von Weltproblemen geben? Nicht immer scheint dies aus Expertensicht realistisch, wenn der interessengeleitete Wille souveräner Staaten dem entgegensteht. Möglicherweise kann hier bereits der Begriff „neue Weltordnung“ einen Lösungsansatz generieren (Reinhard Meier-Walser). Insgesamt scheint sich in der Debatte jedenfalls die Erkenntnis durchzusetzen, dass die Staaten die Pluralität des internationalen Systems anerkennen und eine globale, pluralistische Ordnung, die sich aus der Verschiedenartigkeit der Akteure ergibt, etablieren und akzeptieren sollten.

Wenn man die Analyse eines Wissenschaftlers teilt, muss man nicht zwangsläufig dessen Antworten darauf teilen. Gänzlich unabhängig von einer politikwissenschaftlichen Argumentation könnte man auf die Welt auch durch die Augen Mahatma Gandhis blicken: „Sei du selbst die Veränderung, die du dir wünschst für diese Welt.“

Anja Opitz

„Humoriger Poltergeist“ und „urbajuwarischer Senator“

Zum 50. Todestag von Max Kolmsperger

Leisetreterei und schüchterne Zurückhaltung waren seine Sache nicht. Das dürfte den übrigen Beiratsmitgliedern spätestens ab dem Zeitpunkt aufgegangen sein, als Senator Max Kolmsperger in der konstituierenden Sitzung des Gründungsbeirats der Akademie am 24. Juli 1959 zum Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden war. Der 1890 geborene Journalist war vom Verband der Berufsjournalisten in den Beirat der Akademie entsandt worden. Kolmsperger verstarb am 8. April 1966 im 76. Lebensjahr.

Die Akademie hat Max Kolmsperger viel zu verdanken. Seine zahlreichen Einlassungen lassen keinerlei Zweifel daran aufkommen, dass dem meinungsfreudigen Mitglied der Zweiten Kammer der bayerischen Volksvertretung die Akademie und ihre Förderung ein echtes Herzensanliegen war: So wies er mehrfach darauf hin, dass es eine Aufgabe des Beirats sei, „an der strukturellen Verbesserung der Akademie mitzuwirken“; er dachte dabei vor allem auch an „die Unterstützung ihrer künftigen finanziellen Forderungen zur Ausweitung ihrer Arbeit.“ In diesem Zusammenhang sah sich Kolmsperger veranlasst, auf die „zu große Bescheidenheit des Akademiedirektors bei finanziellen Forderungen“ hinzuweisen.

Ausbau der Pressearbeit

Von Beginn an erregten schlecht besuchte Beiratssitzungen seinen besonderen Groll: Mit Rücksicht auf die starke Inanspruchnahme aller Mitglieder des Beirats drängte er mehrfach auf eine „vorausgehende Feststellung der Verhinderungen, um im Falle einer größeren Zahl von Absagen auf einen günstigeren Termin ausweichen zu können.“

Der gradlinige Altbayer drängte auf den zügigen Ausbau der Medienkontakte und forderte „mehr Gags für die Presse!“. Er selbst beabsichtige, künftig über die Veranstaltungen der Aka-

demie „besondere Hinweise im Verbandsorgan des Bayerischen Journalistenverbandes zu bringen“. Auf seine



Senator Max Kolmsperger (links) mit dem damaligen Landwirtschaftsminister Alois Hundhammer
Foto: Schödl / Süddeutsche Zeitung Photo

Initiative hin wurde der Pressereferent des Bayerischen Rundfunks, Arthur Bader, im Jahr 1964 als Beiratsmitglied kooptiert.

Prominenz und Zeitgeschichte

Kolmsperger hielt es für notwendig, dass in jedem Jahr eigene Veranstaltungen in das Akademieprogramm aufgenommen würden, die „durch anwesende Prominenz eine beson-

dere Akzentuierung und Wirkung nach außen erhielten.“ Was konkrete Inhalte der Akademiearbeit anbetraf, so setzte sich der Senator mit besonderem Nachdruck dafür ein, die bayerische Geschichte seit 1886 oder 1912 unter dem Gesichtspunkt der politischen Bildung zu behandeln – damit könne auch „eine Erweiterung des Hörerkreises verbunden werden.“

Der „unabhängige Geist“ Kolmsperger war besorgt, dass der zeitgeschichtliche Unterricht 1964 noch weithin gehemmt sei. Es stimme ihn bedenklich, dass „20 Jahre nach dem

Krieg noch ein Teil der Schulen ihrer Aufgabe auf diesem Gebiet nicht voll gerecht werden.“ Bei der Programmgestaltung für 1966 solle man seitens der Akademie bedenken, dass sich am 3. Juli die Schlacht von Königgrätz zum 100. Male jährt.

Senator Max Kolmsperger wurde im Jahre 1962 der Bayerische Verdienstorden verliehen. 1970 benannte die Landeshauptstadt München eine Straße im Stadtteil Neuperlach nach ihm. 🏠

Steffen H. Elsner

JAHRESBIBLIOGRAFIEN 2015

PROF. DR. URSULA MÜNCH

Herausgeberschaften:

Die neue Offenheit. Wahlverhalten und Regierungsoptionen im Kontext der Bundestagswahl 2013 (zus. mit Heinrich Oberreuter / Jörg Siegmund), Frankfurt/M. (Campus) 2015.

Politische (Urteils-)Bildung im 21. Jahrhundert. Herausforderungen, Ziele, Formate (zus. mit Armin Scherb / Walter Eisenhart / Michael Schröder), Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2015 (Tutzingen Schriften zur politischen Bildung, Band 9).

Aufsätze:

Politische Bildung in der Bewährungsprobe. Extremismen, Desinteresse, Apathie und der Ruf nach der Feuerwehr, in: Ursula Münch / Armin Scherb / Walter Eisenhart / Michael Schröder (Hrsg.): Politische (Urteils-)Bildung im 21. Jahrhundert. Herausforderungen, Ziele, Formate, Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2015 (Tutzingen Schriften zur politischen Bildung, Band 9), S. 11–27.

Wahlen in Deutschland. Kritische Anmerkungen zur Schlüsselinstitution unserer Demokratie (zus. mit Jörg Siegmund), in: Ursula Münch / Heinrich Oberreuter / Jörg Siegmund (Hrsg.): Die neue Offenheit. Wahlverhalten und Regierungsoptionen im Kontext der Bundestagswahl 2013, Frankfurt/M. (Campus) 2015, S. 29–58.

Die Enttäuschten? Was Bürger von Parteien erwarten, in: Die politische Meinung 60. Jahrgang, Heft 1/2015, S. 66–70 [http://www.kas.de/wf/doc/kas_40378-544-1-30.pdf?150205180450].

Die Gemeinden in der politischen Bildung: Ein Konzept mit Zukunft (zus. mit Gero Kellermann), in: Festschrift für Dr. Jürgen Busse. 26 Jahre Bayerischer Gemeindetag. 16 Jahre Geschäftsführen des Präsidialmitglieds, München 2015, S. 105–111.

Artikel:

Familienpolitik, in: Dieter Nohlen / Florian Grotz (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik, München (Beck) 2015 (6. überarbeitete und erweiterte Auflage), S. 179–181.



DR. SASKIA HIEBER

Beitrag in Zeitschrift:

Afghanistan und seine Nachbarn – Konferenzbericht, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Nr. 3, 2015, S. 407–411.

DR. ANDREAS KALINA

Monografie:

Handbuch Dezentralisierung und kommunale Verwaltung: Bürgerbeteiligung in dezentralisierten Staaten und Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements (zus. mit Abdul Rahman Ahmad Saleh El Sheikh), München/Kairo (Hanns-Seidel-Stiftung) 2015.

DR. GERO KELLERMANN

Beitrag in Sammelwerk:

Die Gemeinden in der politischen Bildung: Ein Konzept mit Zukunft (zus. mit Ursula Münch), in: Verlagsgruppe Hühlig Jehle Rehm (Hrsg.): Festschrift für Dr. Jürgen Busse. 26 Jahre Bayerischer Gemeindetag, 16 Jahre Geschäftsführendes Präsidialmitglied, München (Hühlig Jehle Rehm) 2015, S. 105–111.

Zeitschriftenbeitrag:

Weltpolitik zu Gast in Bayern, in: Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG), Landesverband Bayern e.V. (Hrsg.): Einsatz-Biacherl – Einsatzhelfer für G7-Gipfel 2015, München 2015, S. 15–17 (=Weltpolitik zu Gast in Bayern: G7-Gipfel in Schloss Elmau – Tagungsbericht, in: Polizeispiegel, 49. Jg., Heft 5/2015, S. 14).

DR. MICHAEL MAYER

Beitrag in Sammelband:

Racial Legislation in France and Germany. Comparing the Implementation of Anti-Jewish Policies, in: Martina Fiamová (Hrsg.): Anti-Semitic Legislation in Slovakia and Europe, Bratislava (Nation's Memory Institute) 2015, S. 204–219.

Interviews:

Michael Mayer im Gespräch mit Ulrich Chaussy (Bayerischer Rundfunk) zur Judenverfolgung in Vichy-Frankreich: http://die-quellen-sprechen.de/Michael_Mayer.html.

Interview zu Hitlers Mein Kampf bei Radio Singapur 938Live am 30.4.2015: <http://www.apb-tutzing.de/download/2015/mayer-mein-kampf-interview.mp3>.

Interview zu Hitlers Mein Kampf, in: Zeitung Metro, Moskau, am 30.4.2015, S. 12.

Interview zur Geschichte der Migration in der Bundesrepublik mit dem amerikanischen Sender National Public Radio (NPR) am 14.9.2015.

DR. ANJA OPITZ

Beiträge in Lexika:

Außen- und Sicherheitspolitik, Gemeinsame (GASP), in: Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2015, S. 101–103.

Battlegroups, in: Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2015, S. 129.

Direktion Krisenbewältigung und Planung (CMPD), in: Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2015, S. 232.

Eurokorps, in: Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2015, S. 306.

Katastrophenschutz, in: Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2015, S. 577–578.

Lagezentrum der EU (EU Situation Room), in: Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2015, S. 616.

Militärausschuss (EUMA), in: Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2015, S. 691.

Militärstab (EUMS), in: Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2015, S. 691–692.

EU-NATO Dauervereinbarungen („Berlin Plus“), in: Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2015, S. 706.

Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee (PSK), in: Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2015, S. 778.

Polizeimission, in: Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2015, S. 779.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Gemeinsame (GSVP), in: Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2015, S. 845–850.

Sicherheitsstrategie, Europäische (ESS), in: Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2015, S. 850.

EU Sonderbeauftragter, in: Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2015, S. 854–855.

Strategieplanungs- und Frühwarnheit (Integrierte Strategische Planung), in: Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2015, S. 903.

Strukturierte Zusammenarbeit, in: Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos), 2015, S. 903–904.

Verteidigungsagentur, Europäische (EVA/EDA), in: Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2015, S. 988.

Aufsatz in Fachzeitschrift:

Baujahr 1998 – Rostig und Ambitioniert. Die GSVP heute. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf dem Prüfstand, in: Politische Studien, 66. Jahrgang, Themenheft 2/2015, S. 41–48.

Aufsatz in Zeitschrift:

Chlorhühnchensuppe gegen Sommergrippe – Wie ich es sehe zum Thema TTIP, in: Tutzinger Nachrichten, Ausgabe 08/2015, S. 13.

DR. THOMAS SCHÖLDERLE

Aufsätze in Fachzeitschriften:

Die Genese Utopias. Muss die Entstehungsgeschichte von Thomas Morus' Utopia neu geschrieben werden?, in: Zeitschrift für Fantastikforschung (ZFF), 5. Jg., Heft 1/2015, S. 26–61.

Das Unmögliche denken. Geschichte, Funktion und Aspekte politischer Utopien, in: Praxis Politik, Nr. 1/2015, S. 4–8.

Beitrag in Sammelband:

Thomas Morus' Utopia als Sozialkritik und Gedankenexperiment, in: Glücksbilder. Die Wirklichkeit der Utopien. Tagungsband 2015 zum 4. Symposium Dürnstein, hrsg. von der Niederösterreichischen Forschungs- und Bildungsgesellschaft und der Donau-Universität Krems, Krems (Edition Donau-Universität Krems) 2015, S. 33–39.

DR. MICHAEL SCHRÖDER

Herausgeberschaft:

Politische (Urteils-)Bildung im 21. Jahrhundert: Herausforderungen, Ziele, Formate (zus. mit Ursula Münch / Armin Scherb / Walter Eisenhart), Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2015 (Tutzinger Schriften zur politischen Bildung, Band 9).

Zeitschriftenbeitrag:

Big Data und das Internet der Dinge, in: Forum Politikunterricht 2–3/2015, S. 12–13.

Aufsatz:

Politische Bildung in der digitalen Mediokratie, in: Ursula Münch / Armin Scherb / Walter Eisenhart / Michael Schröder (Hrsg.): Politische (Urteils-)Bildung im 21. Jahrhundert. Herausforderungen, Ziele, Formate, Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2015 (Tutzinger Schriften zur politischen Bildung, Band 9), S. 235–249.

JÖRG SIEGMUND M.A.

Beitrag in Sammelband:

Wahlen in Deutschland. Kritische Anmerkungen zur Schlüsselinstitution unserer Demokratie (zus. mit Ursula Münch), in: Ursula Münch / Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Die neue Offenheit. Wahlverhalten und Regierungsoptionen im Kontext der Bundestagswahl 2013, Frankfurt/M. (Campus) 2015, S. 29–58.

DR. MICHAEL SPIEKER

Herausgeberschaften:

Ökonomische Bildung. Zwischen Pluralismus und Lobbyismus, Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2015.

„Wir werden langsam ausgehungert“. Zur Erinnerung an den nationalsozialistischen „Hungerkosterlass“ (zus. mit Stefan Sandor), Tutzing (Akademie Verlag) 2015.

Beiträge in Sammelbänden:

How to Educate Man in Order to Become Human? Revisiting the Western Philosophy of Education (Plato – Kant – Dewey) to Get into a Dialogue with Confucianism, in: Ruxue: Shijie heping yu fazhan – Jinian Kongzi danchen 2565 zhounian guoji xueshu yantaohui lunwenji, Beijing (Jiuzhou Press), vol. 4, S. 233–245.

Erinnerung an den Hungerkosterlass. Zur Einführung (zus. mit Stefan Sandor), in: Michael Spieker / Stefan Sandor (Hrsg.): „Wir werden langsam ausgehungert“. Zur Erinnerung an den nationalsozialistischen „Hungerkosterlass“, Tutzing (Akademie Verlag) 2015, S. 11–21.

„Es traut sich keiner, was zu sagen... Wir werden langsam ausgehungert“. Eine Collage aus Originaldokumenten, in: Michael Spieker / Stefan Sandor (Hrsg.): „Wir werden langsam ausgehungert“. Zur Erinnerung an den nationalsozialistischen „Hungerkosterlass“, Tutzing (Akademie Verlag) 2015, S. 23–31.

ST RIN BARBARA WEISHAUP

Aufsatz:

Politische Bildung in der Defizit-Situation. Praktische Modelle für die Stärkung der politischen Bildung an bayerischen Schulen, in: Ursula Münch / Armin Scherb / Walter Eisenhart / Michael Schröder (Hrsg.): Politische (Urteils-)Bildung im 21. Jahrhundert: Herausforderungen, Ziele, Formate, Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2015 (Tutzing'scher Schriften zur politischen Bildung, Band 9), S. 193–215.

Akademiedirektorin:
Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:
Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

Vorsitzender des Beirats:
Prof. Dr. Klaus Meisel

Kollegium:
Dr. Saskia Hieber
Internationale Politik

Dr. Andreas Kalina
Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer
Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz
Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quaisser
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier
Organisationsreferent
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg Siegmund M.A.
Persönlicher Referent der Direktorin
Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Dr. Michael Spieker
Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

St Rin Barbara Weishaupt
Schulbezogene Projekte und Bildungspolitik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
Sebastian Haas M.A. (beurlaubt)

Miriam Zerbel (Vertretung Sebastian Haas M.A.)

Tiefgang am See



Michael Spieker / Stefan Sandor (Hg.)
„Wir werden langsam ausgehungert“
 Zur Erinnerung an den nationalsozialistischen
„Hungerkosterlass“
 Akademie für Politische Bildung, Tutzing 2015, 81 S.,
 broschiert, ISBN 978-3-9814111-2-6

Der November 1942 markiert in der Geschichte der nationalsozialistischen Kranken- und Behindertenmorde einen Wendepunkt, dessen Vorbereitung und Ausführung abseits der Öffentlichkeit lagen. Das gleichgeschaltete Innenministerium erließ den sogenannten „Hungerkosterlass“. Dieses Dokument in typischer Verwaltungssprache offenbart seinen Inhalt nicht sofort: Es ging um Essensrationen für „arbeitsunfähige“ Menschen mit Behinderung, ohne unmittelbaren „Nutzen“ für die „Volksgemeinschaft“. Der Erlass im Gewand einer normalen Verwaltungsregelung führte in Bayern die bis dahin unregelmäßige, unkontrollierte Ermordung von Menschen mit Behinderung zu einer neuen Dimension. Anstalten wie Kaufbeuren, Irsee und Eglfing-Haar, die eigentlich diese Menschen schützen sollten, verkehrten sich in ihrer Funktion ins Gegenteil.

Bayerischer Landtag und
 Akademie für Politische Bildung (Hg.)
Misstrauendes Volk – unverstandene Politik
 Wie gefährdet ist unsere Demokratie?
 Tutzing 2015, 56 S.

Die Akademie eröffnete 1996 mit dem damaligen Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter (gest. 2012) die äußerst erfolgreiche Veranstaltungsreihe „Akademiegespräch im Landtag“. Am 10. März 2015 konnte mit dem 50. Gespräch ein Jubiläum gefeiert werden. Die Themenpalette in den letzten 20 Jahren ist so breit wie das Programmangebot der Akademie überhaupt: Islam, Russland, Griechenland, der Euro und seine Krise, Wirtschaft, Medien, DDR und Stasi, Diktaturen, Parteien und Wahlen.

Das Jubiläumsgespräch zum Thema „Misstrauendes Volk – unverstandene Politik. Wie gefährdet ist unsere Demokratie?“ fand vier Monate nach den ersten „Pegida“-Aufmärschen in Dresden statt. Der Münchner Soziologe Armin Nassehi hielt dazu den Festvortrag und diskutierte anschließend unter der Leitung von Akademiedirektorin Ursula Münch mit dem früheren Akademiedirektor Heinrich Oberreuter und dem Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Frank Richter.

Der Vortrag, die Reden und die Diskussion sind in dieser Broschüre, die kostenlos über die Akademie erhältlich ist, dokumentiert.





Förderkreis der Akademie für Politische Bildung e.V.

Der Förderkreis existiert seit 1988. Er begleitet die Akademie bei ihrer Bildungsarbeit, die heute so wichtig ist wie in der Gründerzeit. Er leistet einen finanziellen Beitrag zur Akademiearbeit sowie zu Publikationen über grundlegende und aktuelle Fragen deutscher, europäischer und internationaler Politik. Er ermöglicht die Verpflichtung hochkarätiger Experten und Referenten aus Wissenschaft und Praxis. Kurz: Der Förderkreis unterstützt die Arbeit des Hauses, wo der Etat an seine Grenzen stößt. Die Mitglieder des Förderkreises wollen diesen Beitrag auch in Zukunft leisten.

Sie können dabei sein: Werden Sie Mitglied

- Sie leisten damit einen Beitrag zu lebendiger politischer Bildung und stützen die Fundamente unserer Demokratie
- Sie können sich beim jährlichen Gartenfest mit Akteuren aus Politik, Gesellschaft, Religion und mit politisch Interessierten austauschen
- Sie sind eingeladen, an den Akademiegesprächen im Bayerischen Landtag teilzunehmen
- Sie lesen im vierteljährlich erscheinenden „Akademie-Report“ Wichtiges aus Tagungen und Veranstaltungen
- Sie können die Zusammenarbeit mit anderen Förderkreis-Mitgliedern nutzen
- Sie helfen der Akademie durch Ihren Beitrag und durch Spenden, die Voraussetzungen ihrer Arbeit zu verbessern

Fax-Nr. 08158/256-6644

Förderkreis der
Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1
82327 Tutzing

Tel. 08158/256-44
foerderkreis@apb-tutzing.de

Beitrittserklärung

zum Förderkreis der Akademie für Politische Bildung e.V.

Name, Vorname, Titel:

PLZ/Ort: Straße/Nr.:

Telefon: E-Mail:

Beruf: Geb.-Datum:

Der Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens ☐ 50.-- € pro Jahr.

Mein persönlicher Jahresbeitrag soll jedoch ☐ 60.-- € oder ☐ 70.-- € oder € betragen.

Die Beitragszahlungen erbitten wir an die

Kreissparkasse München Starnberg, IBAN: DE69 7025 0150 0430 5924 77 BIC: BYLADEM1KMS

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTORIN

Prof. Dr. Ursula Münch referierte im Rahmen eines Expertendialogs in Moskau über „Aktuelle Probleme der Außenmigration und Einbürgerung in Europa. Die Erfahrungen Russlands, Frankreichs und Deutschlands“ zur „Bundesdeutschen Diskussion über Bewältigung und Folgen der aktuellen Flüchtlingskrise“. Beim Jahresworkshop des Forschungszentrums RISK der Universität der Bundeswehr München moderierte sie die Abschlussdiskussion über „Kommunale Infrastruktur und sozialer Wandel: Herausforderungen und Risiken im 21. Jahrhundert“. Ebenfalls an der Universität der Bundeswehr München beteiligte sie sich an der Ringvorlesung „Staat, Gesellschaft und Normen. Oder: Zum Umgang mit Angst in Gesellschaft und Wissenschaft“ mit einem Vortrag über „Angst vor Kriminalität und Terrorismus: Zur innenpolitischen Begründung von Vorratsdatenspeicherung und Terrorismusstrafrecht“. Während des Großen Konvents der Schader-Stiftung in Darmstadt über „Öffentliche Wissenschaft“ moderierte sie den Workshop „Partizipation in der Öffentlichen Wissenschaft – Methoden, Folgen und Visionen“. Am Gymnasium Tutzing hielt die Direktorin im Rahmen des „Aktuellen Forums“ einen Kurzvortrag über „Paris – und was jetzt? Terror in Deutschland?“ Beim „Zukunftskongress Demokratie. Die Renaissance des Staates: Wie wir das Gemeinwesen neu denken können“ der CSU-Grundsatzkommission hielt sie einen Impulsvortrag. Anlässlich des 50. Jubiläums der Sozialwissenschaftlichen Gymnasien in Bayern am Städtischen Sophie-Scholl-Gymnasium München trug sie vor zum Thema „Schule mit Zukunft für die Gesellschaft von heute und morgen“.

KOLLEGIUM

Dr. Michael Mayer wurde im Rahmen des ZDF-info Dreiteilers „Geheimnisse der Weimarer Republik“ als Experte befragt. Die Beiträge werden im März 2016 auf ZDF info gesendet.

Dr. Anja Opitz hielt im Rahmen einer High-Level-Konferenz zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU einen Vortrag über das Thema „Hybrid Threat und Hybrid Warfare“. An der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg referierte sie über „Security Sector Reform & Security Sector Governance in the UN-System“. An der Akademie für Politik und Zeitgeschehen in München debattierte sie über „Current Challenges for Europe“. In Wien hielt sie eine Vorlesung zum Thema „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach der EU-Osterweiterung bis heute“.

Dr. Michael Schröder hielt am Gymnasium Krumbach einen Vortrag zum Thema „Politik in Echtzeit? Zum Wandel der politischen Berichterstattung“.

Dr. Michael Spieker trug auf einer Tagung an der FernUni Hagen „Über Bildung und Unbildung. Überlegungen zu Platon“ vor. Im Wintersemester hält er Seminare zur Bildungsphilosophie an der Universität Freiburg und zur Bildungspolitik an der Katholischen Stiftungshochschule München ab. An der Universität Würzburg hält er eine Vorlesung über „Grundfragen christlicher Sozialethik“.

KURATORIUM

Prof. Dr. Thomas Beyer ist zum Jahresende 2015 aus dem Kuratorium ausgeschieden. Wir bedanken uns ganz herzlich für seine engagierte Mitarbeit und Anstöße für unsere Arbeit.

Sein Nachfolger ist **Volkmar Halbleib**, MdL, der nun die SPD-Landtagsfraktion im Kuratorium vertritt. Er ist seit 2008 Abgeordneter und seit 2011 stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.

BEIRAT

Otto Marchner ist als Vertreter des Bayerischen Landes-Sportverbands (BLSV) aus dem Beirat ausgeschieden. Wir danken ihm für seine engagierte Mitarbeit. Als neuer Vertreter wurde BLSV-Vizepräsident **Klaus Drauschke** benannt. Er ist Ministerialbeauftragter für die 36 niederbayerischen Gymnasien.

Unser vom Bayerischen Bauernverband entsandtes Beiratsmitglied **Dr. Wulf Treiber**, Direktor des Hauses der bayerischen Landwirtschaft in Herrsching und Vorsitzender des Verbandes der Bildungszentren im ländlichen Raum, ist am 4. November 2015 überraschend verstorben. Wir verlieren einen klugen, immer besonnenen Fürsprecher und Ratgeber, der sich in seiner freundlichen und zurückhaltenden Art sehr beharrlich für die Belange der Bildungsarbeit eingesetzt hat. Wir verdanken ihm viele engagierte Impulse und kreative Ideen. Er gehörte dem Beirat der Akademie seit 2010 an. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Sein Nachfolger im Beirat ist **Gunther Strobl**, Geschäftsführer des Bildungswerks des Bayerischen Bauernverbandes.